

Jubiläumsausgabe
zum 15-jährigen
Bestehen der
Andrássy Universität
Budapest

andrássy

NACHRICHTEN

2016
Wintersemester

NACHRICHTEN
DER
ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



IMPRESSUM

11. Ausgabe der Andrassy Nachrichten (6. Jahrgang, 2. Ausgabe), Auflage: 1500 Stück, Erscheinungsdatum: 09.09.2016

Herausgeber: Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrassy Universität Budapest

Redaktion: Dr. Orsolya Lénárt & Referat für Marketing und Kommunikation

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Zsuzsa Urbán

Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte sinngerecht zu kürzen und zu bearbeiten.

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Foto Titelseite: Referat für Marketing und Kommunikation

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte der weiteren Abbildungen bei der Andrassy Universität Budapest (im Speziellen bei Gábor Ancsin und Zoltán Tuba oder den jeweiligen AutorInnen), oder diese sind gemeinfrei.

Andrassy Universität Budapest

Pollack Mihály tér 3.

H-1088 Budapest

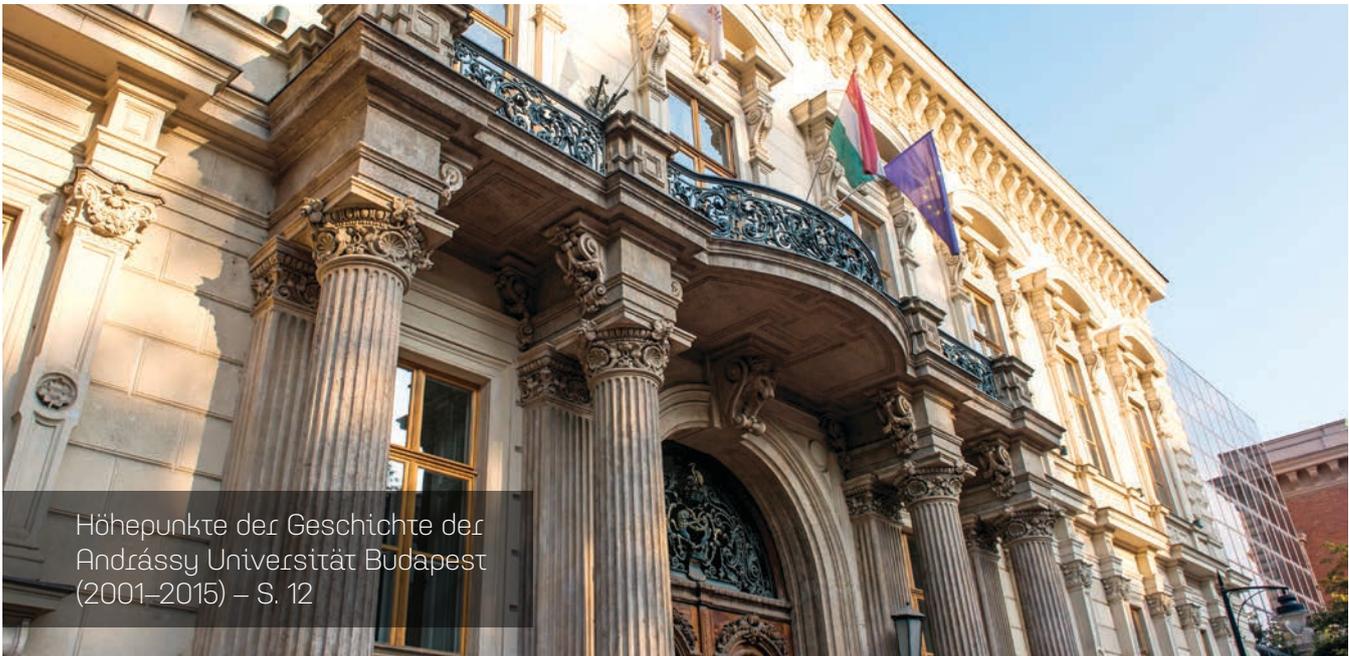
Telefon: +36 1 266 3101

Fax: +36 1 266 3099

www.andrassyuni.eu

USt-Id-Nr.: HU18173967

2016/2



Höhepunkte der Geschichte der
Andrássy Universität Budapest
(2001–2015) – S. 12

Foto: Krisztián Bódis

INHALT

VORWORT DES REKTORS

2

AKTUELLES | Neue Satzung | Partnerländer sichern Finanzierung | Horst Seehofer und Edmund Stoiber an der AUB | Richard Lein mit Förderpreis ausgezeichnet | Ellen Bos beim 4. Donausalon | Konsortiumstreffen | AUB zu Gast an der Donau-Universität Krems | Neues Doppelmasterprogramm mit der Universität Leipzig | Neues Doppelmasterprogramm mit der Universität Passau | Neue Publikation von Helmut Fehr | Projektzwischenstand zu ExpAct – Experience keep people active

3



„Bayerischer Monat“
an der AUB
S. 4

HÖHEPUNKTE DER GESCHICHTE DER ANDRÁSSY UNIVERSITÄT BUDAPEST (2001–2015)

12

VERANSTALTUNGEN AN DER AUB IM SOMMERSEMESTER 2016

18

Hitlers langer Schatten | Die Relevanz der Verfassungstheorie | Der amerikanische Auswärtige Dienst | Zum Verhältnis von Rechtsstaat und Demokratie | Migration über das Mittelmeer | Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Tschechien | Die Schweiz und Europa | Freie Meinungsäußerung | Nation und Europa | Rechtstheorie und Theorie der richterlichen Urteilsbildung | Neustart für Europa? | Die Zukunft der Diplomatie | Central and Eastern European eDemocracy and eGovernment Days 2016 | 5. Internationale DoktorandInnentagung | Reformfordernisse und Reformverfahren des schweizerischen Regierungssystems | Asylrecht und Asylpolitik in der Europäischen Union | 4. Arbeitsseminar zu den Problemen der Integration der Roma-Minderheit in Ungarn



AUB @ Dunai Regatta 2016
S. 44

VERANSTALTUNGSREIHE DES AKADEMISCHEN MITTELBAUS ZUM UNGARISCHEN VOLKSAUFSTAND 1956

35

PORTRAITS | Interviews mit Dr. habil. Georg Trautnitz und Dr. Ferdinand Trauttmansdorff

37

SEMESTERRÜCKBLICK DER STUDIERENDESCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI

40

Exkursion nach Berlin | Alumni-Bücherspende | Geburtstagsfeier des AUB-Alumni-Vereins | AUB @ Dunai Regatta 2016 | Fokus IB | Debattierclub | Politische Bildung in Aktion | MES-Fakultätsexkursion

PERSONALIA

48

Vorwort des Rektors



Liebe Freunde der Andrassy Universität Budapest,

im Leben von großen und renommierten Universitäten sind 15 Jahre keine nennenswerte Zeitspanne. Aber neben den alten und ehrwürdigen Universitäten entstehen auch in unseren Tagen immer wieder neue Hochschuleinrichtungen, die auf die Herausforderungen der Gegenwart schnell und adäquat reagieren wollen, indem sie neue Bildungsstrukturen und neue Bildungsinhalte anbieten. Unsere Universität gehört zu diesen jungen Universitäten.

2001 wurde die Idee einer deutschsprachigen Universität in Ungarn geboren und unsere Gründer – Ungarn, Österreich, das Bundesland Baden-Württemberg und der Freistaat Bayern – hatten klare Vorstellungen: Studierende aus verschiedenen Nationen sollten an einer innovativen und internationalen Universität zusammenkommen, die als gemeinsame deutschsprachige universitäre Brücke für den Donauraum die vielfältigen Bindungen der Region festigt. Neue, tragfähige und dauerhafte Verbindungen sollten zwischen den Hochschulsystemen und Universitäten der Förderländer, den alten und neuen Mitgliedstaaten der EU sowie

den Nachbarländern der EU in Ost- und Südosteuropa entstehen. Dieses Leitbild galt als Auftrag für die Universität und alle Beteiligten waren zuversichtlich, dieses großartige Vorhaben durchführen zu können. Die Gründung warf aber auch eine Frage auf: Ist es möglich, eine europäische und ungarische Universität zu schaffen, diese mit verschiedenen Partnern gemeinsam zu betreiben und dabei jungen Bachelor-AbsolventInnen in ihrem Master- oder Doktorstudium die Idee eines gemeinsamen Europas zu vermitteln? Die Erfolge unserer Universität – und vor allem die der Studierenden und AbsolventInnen der vergangenen 15 Jahre – bestätigen dies. Wir sind University of National Excellence geworden, akkreditiert in Ungarn und in Deutschland, und immer mehr in der europäischen und in der regionalen Hochschullandschaft verankert.

Diese Erfolge verpflichten uns. Wir müssen uns ständig weiterentwickeln. In der vergangenen Zeit haben wir zwei neue Studiengänge nach erfolgreicher Akkreditierung ein-

geführt („Kulturdiplomatie“ und „Management and Leadership“ – letzterer startet im Wintersemester 2016/17), unsere Satzung verändert und die neue Organisationsstruktur trat zum 1. September in Kraft.

Herzlichen Dank und Glückwunsch an alle Kolleginnen und Kollegen an der Andrassy Universität Budapest zum 15. Jahrestag – und für die nächsten 15 Jahre wünsche ich Ihnen und uns allen eine erneut erfolgreiche und erinnerungswürdige Zeit!

Mit diesen Gedanken verbleibe ich mit besten Grüßen:

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which reads "András Masát". The signature is written in a cursive, flowing style.

András Masát

Aktuelles

NACHRICHTEN AUS DEM UNIVERSITÄTSLEBEN

Eine neue Satzung für die AUB

Zum 1. September 2016 trat die neue Satzung der AUB in Kraft. Der Universitätsrat hatte im Rahmen der Verhandlungen über die Finanzierung der Universität in den Jahren 2016 bis 2020 beschlossen, die innere Organisation der Universität zu reformieren: Für eine kleine Universität erschien ein dreistufiges System von Gremien und Ämtern (mit DekanInnen und Fakultätsräten auf der Ebene der Fakultäten, Senat und Rektoratskollegium auf der Ebene der Universität und dem Universitätsrat und Kuratorium als Aufsichtsgremien) zu aufwendig. In Abstimmung mit dem Senat wurden die „Strategischen Eckpunkte der Andrassy Universität Budapest für die Jahre 2016 bis 2020“ ausgearbeitet, die die Grundzüge einer Reform festlegten und die im Juni 2014 verabschiedet wurden. Ab Herbst 2014 wurde dann die neue Satzung ausgearbeitet – besonderer Dank gebührt hier Kollege Prof. Dr. Christian Schubel, der an der Ausarbeitung maßgeblich mitgewirkt hat. Ein Jahr später konnte sie vom Senat und Universitätsrat verabschiedet werden. Seither wurden die Ordnungen der AUB, allen voran die Allgemeine Studien- und Prüfungsordnung, an die neue Struktur angepasst.

StudiengangsleiterInnen und Lehrstühle ersetzen Fakultätsstruktur

Ziel der neuen Struktur ist die Verschlankung der Entscheidungsstrukturen. In Ziffer 14 der „Strategischen Eckpunkte“ heißt es: „In ihrem Aufbau verfolgt die AUB-Organisation das Ziel möglichst einfacher und transparenter Gestaltung. Sie verfügt deshalb über eine möglichst geringe Zahl von Organen, Hierarchiestufen und sonstigen Funktionsträgern.“ Mit der neuen Satzung werden die Kompetenzen, die bislang den DekanInnen und Fakultätskonferenzen zugewiesen waren, auf die StudiengangsleiterInnen, den Senat und die Universitätsleitung verteilt.

Mit der Reform werden die Kompetenzen der StudiengangsleiterInnen, die

bereits zuvor die maßgebliche Verantwortung für die Qualität des Lehrangebots „ihres“ Studiengangs und für dessen Weiterentwicklung hatten, in der Satzung fixiert. Folgende Aufgaben werden den StudiengangsleiterInnen zugeschrieben (Art. 16 der neuen Satzung der AUB):

- *Erstellung der Curricula und Weiterentwicklung der Musterstudienpläne,*
- *Vergabe der Lehraufträge,*
- *Leitung der Kredittransferkommission,*
- *Mitwirkung an der Qualitätssicherung durch Evaluationsgespräche mit den am Studiengang beteiligten Lehrenden,*
- *Koordination der Studienberatung.*

Bei ihren Entscheidungen sollen die StudiengangsleiterInnen „steten Kontakt“ zu den StudiengangssprecherInnen halten und einmal im Semester eine Studiengangskonferenz einberufen, an der die am Studiengang beteiligten Lehrenden und die StudiengangssprecherInnen über die Curricula für das folgende Semester und über Möglichkeiten der Verbesserung der Studienbedingungen beraten. Die Studiengangskonferenzen sind keine Beschlussorgane, sollen aber sicherstellen, dass die Erfahrungen möglichst vieler Beteiligter in die Entscheidungen der StudiengangsleiterInnen eingehen können.

Die Verantwortung für das Lehrangebot liegt zunächst bei den Lehrstühlen, die mit der neuen Satzung eingerichtet werden. In jedem Fach wird die Verantwortung für die akkreditierungsrechtlich vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen auf zwei bis drei Lehrstühle verteilt. Art. 15 der neuen Satzung weist den LehrstuhlleiterInnen ihre Aufgabe zu: „Der Lehrstuhlleiter / die Lehrstuhlleiterin hat die für die akkreditierungsgemäße Durchführung dieser Lehrveranstaltungen zur Verfügung stehenden Kapazitäten laufend zu überprüfen und das Rektorat sowie die Leiter / Leiterinnen der

betroffenen Studiengänge über aktuelle und drohende Engpässe zu informieren.“ Die Zuordnung der Lehrveranstaltungen wird auf der Homepage veröffentlicht, sodass die Studierenden die Möglichkeit haben, sich im Fall von Problemen und Änderungsvorschlägen an den zuständigen Lehrstuhl zu wenden.

Überarbeitete Forschungsstrategie

Im Bereich der Forschung wurden wesentliche Änderungen bereits mit der Einführung der neuen Satzung des Instituts für Donauraumstudien und europäische Integration (kurz: Donau-Institut) beschlossen. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit in der Forschung können Forschungszentren im Donau-Institut eingerichtet werden. Zwei solcher Zentren wurden bereits gegründet: das „Zentrum für Demokratieforschung“ und das „Zentrum für Recht und Wirtschaft“. Für den Austausch zwischen allen an der AUB tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wurde die Forschungsplattform eingerichtet, die zwei bis drei Mal im Semester einberufen wird.

Mit der neuen Satzung wird zudem auf der Ebene der Universitätsleitung die Position eines Prorektors oder einer Prorektorin für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs geschaffen. Ziel dieser neuen Funktion wird es sein, die WissenschaftlerInnen der AUB durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen ihrer Forschungsaktivitäten zu unterstützen und die Qualitätssicherung im Bereich der Forschung gemäß den Vorgaben für gutes wissenschaftliches Arbeiten sicherzustellen (Art. 8 Abs. V). Bis zur Wahl des neuen Prorektors bzw. der neuen Prorektorin wird diese Funktion kommissarisch vom Rektor ausgeübt.

Laut Satzung soll dafür Sorge getragen werden, dass der/die ProrektorIn für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs zugleich die Leitung der Doktorschule innehat. Dadurch sollen die Doktoratsausbildung sowie die Koordination und Förderung der Forschung an der

AUB künftig besser miteinander verzahnt werden – schließlich wird ein erheblicher Teil der Forschungsleistung einer Universität von den DoktorandInnen erbracht.

Änderungen auch in der Universitätsleitung und im Senat

Auf der Ebene der Universitätsleitung werden in der neuen Satzung zudem die Aufgaben eines Prorektors oder einer Prorektorin für Lehre und Studierende festgeschrieben: Er bzw. sie „leitet und koordiniert die Organisation und Durchführung des Studien- und Prüfungsbetriebes“ und „trägt Sorge für die Qualitätssicherung im Bereich der Lehre“. Zudem führt er bzw. sie den Vorsitz in der Studienkommission, „unterstützt die

Tätigkeit der StudiengangsleiterInnen“ und „erarbeitet Vorschläge und Konzepte für die Verbesserung des Ausbildungsprofils der Universität und die Internationalisierung der Lehre.“ (Art. 8 Abs. IV).

Im Senat ändert sich zunächst nur die Zusammensetzung auf Seiten der ProfessorInnen. Bislang waren die DekanInnen und LeiterInnen der Doktorschule von Amts wegen Mitglieder des Senats. Künftig wird es an ihrer Stelle sechs gewählte VertreterInnen der ProfessorInnen bzw. UniversitätsdozentInnen geben. Doch der Senat wird mit der neuen Satzung aufgewertet, weil er nun das wesentliche Beschlussgremium der AUB ist (neben dem für die Doktorschule zuständigen Doktorenrat).

Im Laufe des Wintersemesters 2016 werden sich noch eine Reihe von Detailfragen ergeben, bei denen die Zuständigkeiten gemäß der neuen Satzung geklärt werden müssen. Rektor Prof. Dr. András Masát und sein designierter Nachfolger, Prof. Dr. Dietmar Meyer, werden bei der Klärung dieser Fragen vertrauensvoll zusammenarbeiten, um gemeinsam mit allen KollegInnen im Haus sowie mit den Vertreterinnen und Vertretern der Studierenden die neuen Strukturen nachhaltig festzulegen.

Hendrik Hansen

Prorektor der AUB für Lehre und Studierende

AUB-Partnerländer sichern Finanzierung bis Ende 2017

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Regierung der Republik Österreich, die Regierung von Ungarn, die Regierung des Landes Baden-Württemberg und die Bayerische Staatsregierung bekräftigten erneut ihr gemeinschaftliches Interesse, die

Entwicklung der AUB bis 2020 weiterhin politisch und konzeptionell zu begleiten und sicherten gleichzeitig die weitere Finanzierung der Universität bis Ende 2017.

Die gemeinsame Absichtserklärung über die zukünftige Zusam-

menarbeit bei der weiteren Entwicklung der AUB und über deren weitere Finanzierung wurde durch Vertreter der Partnerländer während einer feierlichen Zeremonie am 25. Februar 2016 im Spiegelsaal der AUB unterzeichnet.

Im Rahmen der Veranstaltung unterzeichneten der Präsident der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. theol. Dr. phil. habil. Godehard Ruppert, und der Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát, außerdem einen Kooperationsvertrag zwischen den beiden Universitäten.



Bayerischer Monat – Horst Seehofer und Edmund Stoiber zu Besuch an der AUB



Am 4. März 2016 reiste der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer nach Ungarn. Auf dem Programm des ein-tägigen Besuchs standen ein Gespräch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten, Viktor Orbán, und ein Vortrag von Seehofer an der auch von Bayern geförderten AUB im Rahmen der von der Hanns-Seidel-Stiftung organisierten bayerisch-ungarischen Konferenz. Die Hanns-Seidel-Stiftung führte die Konferenz zum Thema „Aktuelle europäische Herausforderungen“ mit der AUB und mit ihrem Hauptpartner in Ungarn, der Stiftung für ein Bürger-



Buchvorstellung von Edmund Stoiber

Am 9. März organisierten die Hanns-Seidel-Stiftung, die Stiftung für ein Bürgerliches Ungarn und der Dialóg Campus Verlag die Buchpräsentation des ehemaligen Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern, Edmund Stoiber, der im Rahmen einer von Gábor Borókai geleiteten Podiumsdiskussion sein Buch „Weil die Welt sich ändert“ vorstellte.

„Edmund Stoiber spricht in diesem Buch offen über Herausforderungen und Chancen unserer Zeit. Dabei schöpft er aus vielen historischen, aber auch wechselvollen persönlichen Erfahrungen und bleibt im besten Sinne unruhig. Nachdem Edmund Stoiber jahrzehntelang die aktuelle Spitzenpolitik mitgestaltet

liches Ungarn (PMA), durch. Ferner wirkte noch der Nord-Balaton Bürgerklub mit, eine Zivilorganisation, die sich für die bayerisch-ungarische Wirtschaftsbeziehungen einsetzt.

[...] In seiner Rede auf der Konferenz betonte Horst Seehofer, dass sein ungarischer Amtskollege Probleme in Europa benenne, auf welche die Menschen zu Recht Antworten hören möchten. Die Herausforderungen der aktuellen „Völkerwanderung“ könnten nur durch nachhaltige, belastbare Lösungen und nicht nur durch Notfallmaßnahmen angegangen werden. Er betonte: „Die Europäische Union steht am Scheideweg. 2016 ist ein Schicksalsjahr für Europa“, und nannte drei Säulen, welche die Zuwanderungspolitik bestimmen sollten: Humanität und Menschlichkeit, Integration von Schutzbedürftigen entlang einer Leitkultur sowie Begrenzung der Zuwanderungszahlen. [...] Er plädierte für die Wichtigkeit des Dialogs, für den vertrauensvollen Umgang in Europa und wies auf die Leistung bzw. Selbstregulierung von Ungarn bzgl. Finanzen und Rettungsschirm hin. Er betonte, dass Bayern und Ungarn besonders eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten würden, bei der Donaustategie genauso wie in Wirtschaft und Wissenschaft.



Horst Seehofer zusammen mit András Masát und László Kövér, Vorsitzender der Ungarischen Nationalversammlung (rechts).





hat, bringt er nun seine klaren Perspektiven für eine deutsche und auch europäische Zukunft ein, die er mit demselben Nachdruck vertritt wie zu seiner Zeit als Ministerpräsident und Kanzlerkandidat. In diesem Buch zieht Edmund Stoiber Bilanz.“ (Zit. nach: Stoiber, Edmund: „Weil sich die Welt ändert“, München: Siedler 2012, Klappentext).

 **Hanns
Seidel
Stiftung**

Den vollständigen Bericht über den Besuch Horst Seehofers finden Sie auf der Webseite der Hanns-Seidel-Stiftung.

Förderpreis des Karl von Vogelsang-Staatspreises 2016 an Richard Lein verliehen

Der Historiker Dr. Richard Lein wurde am 4. März 2016 mit dem durch den österreichischen Bundesminister für Wissenschaft und Forschung alle zwei Jahre verliehenen Förderpreis des Karl von Vogelsang-Staatspreises ausgezeichnet.

Richard Lein erhielt die Auszeichnung für die aus seiner Dissertation hervorgegangene Monographie „Plichterfüllung oder Hochverrat? Die tschechischen Soldaten Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg“.

In seiner Laudatio führte der Geschäftsführer des Karl von Vogelsang-Instituts, Dr. habil. Helmut Wohnout, unter anderem aus: „Die Untersuchung Leins kreist um ein Klischeebild, das sich hartnäckig in der Öffentlichkeit, aber auch in der historisch-wissenschaftlichen Literatur über fast ein Jahrhundert gehalten hat. Es geht um die zum Stereotyp gewordene Behauptung, wonach sich die tschechischen Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee in vielen Fällen ungehorsam verhalten und sich im Kampfeinsatz als unzuverlässig erwiesen hätten. Der Vorwurf gipfelte darin, dass sie sich nicht an ihren Fahne eid gehalten hätten, ja in einzelnen Gefechten im großen Stil zu Einheiten des Gegners



Richard Lein mit Gerhard Pfeisinger (links), Leiter der Abteilung für Wissenschaftsvermittlung im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.

übergelaufen seien. Lein falsifiziert dieses Klischeebild, indem er anhand seiner intensiven Primärquellenstudien in österreichischen wie tschechischen Archiven aufzeigt, dass ein solcher Befund militärhistorisch schlicht und einfach unzutreffend ist. Darüber hinaus geht er der Entstehungsgeschichte und der politischen Instrumentalisierung dieses Mythos nach. Er stellt die Frage, wem er nutzte und weshalb er über Jahrzehnte – praktisch unwider-

sprochen – tradiert werden konnte. [...] Es ist das Verdienst Richard Leins dieses ‚hundertjährige historische Vorurteil‘ nachhaltig und primärquellenbasiert widerlegt zu haben. Seine Arbeit ist sowohl von der deutschsprachigen Scientific Community wie auch von der tschechischen Forschung aufmerksam rezipiert worden, wengleich er sich anfangs damit, wie dies bei der Widerlegung von Klischeebildern vor- kommt, nicht nur Freunde gemacht

hat. [...] In einer Besprechung schreibt der Salzburger Ordinarius für Österreichische Geschichte, Laurence Cole, dass Leins Buch unverzichtbar für die Militärgeschichte der österreichisch-ungarischen Armee und das Ende der Habsburgermonarchie ist und fügt hinzu: ‚Lein hat hiermit eine exemplarische, wichtige Arbeit vorgelegt.‘

Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.“

Der Hauptpreis des „Karl von Vogelsang-Staatspreis – Österreichischer Staatspreis für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften“, der für besonders hervorragende Leistungen im Bereich der Geschichte der Gesellschaftswissenschaften verliehen wird,

erhielt der polnische Historiker Prof. Adam Kozuchowski.

Rund 150 Besucherinnen und Besucher wohnten der Staatspreisverleihung im Palais Harrach bei und ließen den offiziellen Teil bei einem Glas Wein und einem kleinen Buffet ausklingen.

Quelle: Karl von Vogelsang-Institut

Prof. Dr. Ellen Bos beim 4. Donaualon

Nach dem Erfolg der vergangenen Jahre veranstalteten die Botschaft der Republik Serbien und die Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Berlin in Kooperation mit den Donaunrainerstaaten und Mitgliedern der Donaunraumstrategie den 4. Donaualon am 10. März 2016. Er stand unter dem Motto „Die EU-Strategie für den Donaunraum, die Identität und der Tourismus“ und fand im Rahmen der Internationalen Tourismusbörse 2016 statt.

Nach der Begrüßung durch die serbische Vizeministerin für Tourismus, Renata Pindzo, und dem Dienststellenleiter der Landesvertretung, Dr. Claus-Peter Clostermeyer, moderierte Prof. Dr. Eckart Stratenschulte eine Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Ellen Bos, Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU an der AUB, Andreas Braun, Geschäftsführer der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg, Dr. Jelena Volić-Hellbusch, Expertin Belgrade Fund for Political Excellency und Generalsekretärin des Vorstands Forum Serbien Deutschland, sowie Prof. Dr. Boris Alexander Kühnle, Hochschule der Medien in Stuttgart. Das Schlusswort sprach der Staatsminister für



(v. l. n. r.) Andreas Braun, Ellen Bos, Moderator Eckart Stratenschulte, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt Michael Roth, Jelena Volić-Hellbusch, Boris Alexander Kühnle.

Europa im Auswärtigen Amt Michael Roth.

Beim anschließenden Empfang konnten sich die zirka 500 Gäste aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Tourismus, Diplomatie und Medien an den attraktiven Ständen der beteiligten Länder und Donauorganisationen von den vielfältigen Genüssen und Sehenswürdigkeiten des Donaunraums überzeugen. Im ersten OG wurde die Kunstausstellung „Projektraum Donau“ präsentiert, die durch Dr. Swantje

Volkmann, Kulturreferentin für Südosteuropa am Donaunschwäbischen Zentralmuseum in Ulm, kuratiert wurde. Für die musikalische Umrahmung sorgten das serbische Ensemble von Duško Jovanović, der rumänische Panflötenspieler Nicolae Voiculeț sowie eine Tanzgruppe aus dem Kulturkreis Carei in Rumänien mit den Sängern Taraful Ceatera.

Quelle: Vertretung des Landes Baden-Württemberg Berlin

Konsortiumstreffen des EU-Projekts „Integrating Residential Property with Private Pensions in the EU“

Die AUB engagiert sich in einem internationalen Forschungsprojekt im Auftrag der Europäischen Kommission (DG Beschäftigung und Soziales) zum hochaktuellen Thema Nachhaltigkeit der Alterssicherung. Im

Rahmen dieses zweijährigen Projekts wird ein innovatives Altersvorsorgeprodukt in Anlehnung an sog. Equity Release Schemes (ERS) entwickelt. Damit soll eine Re-Liquidierung von Immobilienvermögen im Alter er-

möglicht werden. Dies eröffnet neue Möglichkeiten der Altersvorsorge. Hierzu wird das Marktpotenzial in sechs Partnerländern erforscht und die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Produktentwicklung

analysiert, das sowohl die Finanzierungsphase als auch die Rentenphase abdeckt.

Auf Seiten der AUB hat Prof. Dr. Martina Eckardt die Projektleitung inne, an der Durchführung sind Dr. Jörg Dötsch, Dr. Eszter Megyeri, Prof. Dr. Stefan Okruch und Dr. Felix Piazzolo beteiligt. Zu den Kooperationspartnern zählen das Institut für Finanzdienstleistungen Hamburg, die Universität Rostock, das Waterford Institute of Technology, die Technische Universität Delft, die Libera Università Maria Ss. Assunta Rom sowie die Queens Universität Belfast.

Am ersten Tag des Konsortiumstreffens vom 14.–15. April 2016 an der AUB wurden zunächst die Ergebnisse der von den Projektpartnern erstellten Länderfallstudien präsentiert, die seit dem Beginn des Projektes im Herbst 2015 durchgeführt worden sind. Jedes Partnerland stellte seine spezifischen Bedingungen und das Potenzial für ERS-Produkte dar. Dabei wurden vor allem die unterschiedlichen Voraussetzungen und Entwicklungen des Hypothekenmarkts, des Immobilienmarkts und der privaten Alterssicherungssysteme sowie kulturelle Unterschiede zwischen den Ländern diskutiert.

Der zweite Tag lenkte den Fokus dann auf Aspekte der Nachfrage- und der Angebotsseite, die in der nächsten Projektphase über Fokusgruppen und Befragungen eingebunden werden. Darüber hinaus wurden entscheidende Produkteigenschaften von ERS erörtert. Methodische Aspekte der weiteren Forschungsarbeiten wurden abgestimmt. Das Meeting bot Raum für einen intensiven Erfahrungsaustausch. Die insgesamt 17 Teilnehmer verständigten sich im Abschluss auf das weitere gemeinsame Vorgehen in den nächsten Monaten. Der nächste Workshop wird im Dezember 2016 in Irland stattfinden.

Delegation der AUB zu Gast an der Donau-Universität Krems

Prof. Dr. Martina Eckardt, Prof. Dr. Stefan Okruch und Csilla Szentiványi (M.A.) trafen sich mit Vertretern der Donau-Universität Krems (DUK) und des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Krems an der Donau.

Bei den Gesprächen am 2. Mai 2016 ging es v. a. um die Ausweitung der bestehenden interinstitutionellen Kooperation in Form eines neuen Projektes mit dem Titel „ECONet“. Aufbauend auf der erfolgreichen Kooperation im Rahmen des internationalen und interuniversitären Netzwerks Politische Kommuni-

kation (netPOL) ist die Initiierung eines Schwesterprojektes geplant. ECONet soll als internationaler, interuniversitärer und interdisziplinärer Forschungsbereich den Fokus auf die regionalökonomische und –politische Entwicklung in ländlichen Räumen legen. Während der geplanten Projektlaufzeit von fünf Jahren soll ein forschungsorientierter Doktoratsschwerpunkt mit primär wirtschafts- und politikwissenschaftlicher Ausrichtung sowie die gemeinsame Organisation von Forschungsprojekten, Publikationen, Veranstaltungen

etc. durch die Netzwerkpartner im Mittelpunkt stehen.

Das Kooperationsanbahnungsgespräch zu ECONet drehte sich primär um die Projektplanung und einen ersten Gedankenaustausch über inhaltliche Schwerpunkte des Doktoratsschwerpunkts. Dazu stellten alle Beteiligten ihre Forschungsschwerpunkte sowie abgeschlossene und laufende Projekte vor und erörterten gemeinsame Anknüpfungspunkte.

Csilla Szentiványi

Neues Doppelmasterprogramm mit der Universität Leipzig

M.A. Internationale Beziehungen (AUB) & M.A. European Integration in East Central Europe (UL)

Am 11. Mai 2016 stellten Prof. Dr. Astrid Lorenz (Universität Leipzig), Prof. Dr. Ellen Bos und Dr. Zoltán Tibor Pállinger AUB das ab dem Wintersemester 2016/17 startende Doppelabschlussprogramm vor. Die drei Programmverantwortlichen hoben die Vorzüge der Kooperation für beide Seiten hervor: Das gemeinsame Doppelabschlussprogramm „M.A. Internationale Beziehungen (AUB) & M.A. European Integration in East Central Europe (UL)“ stelle einen praktischen Beitrag zur europäischen Integration dar und verbinde die fachlichen Stärken beider Universitäten, die zugleich auch renommierte Standorte der Ostmitteleu-

ropa-Forschung seien. Den zukünftigen AbsolventInnen würden hervorragende

Jobperspektiven eröffnet und neben Fachwissen auch Problemlösungskom-



petenzen und Fähigkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung an die Hand gegeben.

Im Doppelabschlussprogramm verbringen die Studierenden das erste Studienjahr an der AUB in Budapest. Sie

erhalten neben dem Abschluss „M.A. European Integration in East Central Europe“ der Universität Leipzig den Abschluss „M.A. Internationale Beziehungen“ der AUB. Die Studierenden des Doppelmasterprogramms lernen

in beiden Städten, besuchen gemeinsame Seminare und bilden internationale Lernpartnerschaften.

UNIVERSITÄT LEIPZIG

Neues Doppelmasterprogramm mit der Universität Passau

„Governance in Mehrebenensystemen – Internationale Beziehungen/Staatswissenschaften“

Die Universität Passau und die AUB verstärken ihre Zusammenarbeit: Nach der erfolgreichen Einführung eines binationalen Promotionsstudiums im Oktober 2014 wurde nun der Start des internationalen und interdisziplinären Doppelmasterprogramms „Governance in Mehrebenensystemen – Internationale Beziehungen/Staatswissenschaften“ zum Wintersemester 2016/17 vereinbart. Das Doppelabschlussprogramm bietet die Möglichkeit, innerhalb von vier Semestern zwei Mastergrade zu erwerben: einen Master of Arts in „Governance and Public Policy – Staatswissenschaften“ (Universität Passau) sowie einen Master of Arts in „Internationale Beziehungen“ (AUB).

Inhaltlich zielt das Doppelmasterprogramm auf die Verbindung von Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaft in der Analyse komplexer Mehrebenensysteme ab. Die gegenwärtige Krise des europäischen Integrationsprozesses hängt auch damit zusammen, dass das Zusammenwirken der regionalen, nationalen und europäischen Ebene als ineffektiv wahrgenommen wird und es zu einer Entfremdung vieler Bürger von der europäischen Politik gekommen ist. Durch die Internationalität des Doppelmasterprogramms sollen die Studierenden die regionalen und nationalen Besonderheiten, die den Pluralismus in Europa auszeichnen, besser kennenlernen; durch die Interdisziplinarität sollen sie befähigt werden, politische Entscheidungen in komplexen Mehrebenensystemen aus verschiedenen Perspektiven zu analysieren und über neue Partizipationsmöglichkeiten der Bürger in politischen Prozessen zu reflektieren.

Durch die Kooperation werden die europapolitischen Kompetenzen an der Universität Passau und an der AUB verknüpft und mit den besonderen Schwer-



Hendrik Hansen mit Daniel Göler.

punkten der AUB in der Analyse der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa und in der Praxis der Diplomatie verbunden. Das Doppelmasterprogramm vermittelt staatstheoretisches und methodisches Grundlagenwissen ebenso wie praktische Kompetenzen in der Außenpolitik und in der Diplomatie. Dadurch qualifiziert es für Tätigkeiten in internationalen Organisationen, im diplomatischen Dienst, in multinationalen Unternehmen, der Politikberatung und der europäischen Verwaltung ebenso wie zur wissenschaftlichen Tätigkeit. Exzellente Studierende können im Anschluss an das Doppelmasterprogramm ihre wissenschaftliche Qualifizierung im binationalen Promotionsprogramm der AUB und der Universität Passau fortsetzen.

Der Studienverlauf sieht vor, dass die Studierenden im Regelfall die ersten beiden Semester an der Universität Passau und das dritte und vierte Semester in Budapest absolvieren. Die Masterarbeit wird von Dozenten beider Universitäten gemeinsam betreut. Die

kleinen Kurse und die exzellenten Betreuungsrelationen an beiden Universitäten sichern dabei eine hohe Qualität der Ausbildung und ermöglichen einen unmittelbaren fachlichen und interkulturellen Austausch.

Initiiert und betreut wird das Doppelmasterprogramm vom Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik an der Universität Passau (Prof. Dr. Daniel Göler) und vom Lehrstuhl für internationale und europäische Politik, Verwaltungswissenschaften an der AUB (Prof. Dr. Hendrik Hansen). Besonderer Dank gilt an dieser Stelle Dipl.-Kulturw. Tim Kraski, wissenschaftlicher Assistent an der AUB und Absolvent der Universität Passau, der an der Ausarbeitung des Doppelmasterprogramms maßgeblich mitgewirkt hat.

Hendrik Hansen



Vergeltende Gerechtigkeit – Populismus und Vergangenheitspolitik

Neue Publikation von Dr. habil. Helmut Fehr

In diesem Buch werden Probleme der historischen Aufarbeitung behandelt, die seit 1989 Streitthemen in der Öffentlichkeit postkommunistischer Gesellschaften sind. Forderungen nach Einlösung historischer Gerechtigkeit vermischen sich hierbei mit Elitendebatten über die kommunistischen Regime. Bis in die Gegenwart ist es eine offene Frage, ob neue Gesetze zur „Aktenöffnung“ und „Durchleuchtung“ auch einen legalen Rahmen zur Herstellung von Gerechtigkeit bieten. Die Auseinandersetzungen über die kommunistische Vergangenheit sind durch Widersprüchlichkeiten

gekennzeichnet, die in ähnlicher Weise in postkommunistischen Gesellschaften zutage treten. Einerseits handelt es sich um Kontroversen zur Geltung von Rechtsnormen, andererseits um politische Mobilisierungskampagnen. Im Kampf um Anhänger konkurrieren populistische Eliten um die Deutungshoheit über Geschichte. Dabei spielen negative historische Stereotypen ebenso eine Rolle wie volkstümliche Slogans, die an das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung appellieren. In diesem Zusammenhang sind zentrale Fragen der vorliegenden Studie zu sehen, deren re-

gionale Schwerpunkte in Deutschland, Polen, in der Tschechischen Republik und Ungarn liegen: Was meint „Übergangsgerechtigkeit“? Welche Logik liegt den Deutungsmustern vergeltende und ausgleichende Gerechtigkeit zugrunde? Welche Auswirkungen hat der Streit über die Geschichte des Kommunismus auf die Rechtskultur?

Leverkusen 2016:
Verlag Barbara Budrich
230 Seiten
28,90 €
ISBN 978-3-8474-0563-4

ExpAct – Experience keep people active

Das Projekt „ExpAct“ startete im November 2014: Ein Zwischenbericht

Projekthintergrund:
Potenziale der Generation
55+ nutzbar machen

Ältere Menschen verfügen dank ihrer Lebens- und Berufserfahrung über einen wertvollen Wissensschatz, der mit der Pensionierung für die Gesellschaft und Wirtschaft leider meist verloren geht. Der Austritt aus dem geregelten Berufsleben fällt zudem auch vielen Betroffenen nicht leicht. Dabei stellen der Erhalt und die Weitergabe der Kenntnisse und Fähigkeiten der Babyboom-Generation ein enormes Potenzial im Umgang mit dem demographischen Wandel und dem Fachkräftemangel in Europa dar. Aufbauend auf dieser Erkenntnis möchte das europäische Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Experience keep people active – ExpAct“ das nicht zu unterschätzende Erfahrungskapital der Generation 55+ nicht nur bewahren, sondern auch zugänglich und nutzbar machen.

Zu diesem Zweck entwickelt die AUB in Zusammenarbeit mit sieben Partnern aus der Schweiz, Italien, Deutschland und Österreich eine Softwarelösung für die Erstellung von Internetplattformen, auf denen ältere Menschen ihre Ressourcen gratis, zu einem Entgelt oder auf Tauschbasis anbieten können. Gleichzeitig erhalten Unternehmen, Organisationen und Privatpersonen die Möglichkeit, das Know-how zu finden und aktiv zu

nutzen, welches sie für ein erfolgreiches Wirtschaften benötigen. Die Softwarelösung wird, wie in den anderen Partnerländern, auch in Ungarn in Form einer Internetseite umgesetzt, die der Vermittlung professioneller und ehrenamtlicher Tätigkeiten zwischen Erfahrungsanbietenden und Erfahrungssuchenden dient. Auch die Teilnahme an sozialen Aktivitäten sowie an Schulungen und Kursen kann dadurch erleichtert werden. Die AUB arbeitet im Rahmen von ExpAct eng mit dem CédrusNet Programm des Erasmus Instituts und mit dem Verein für Soziale Innovation (Szociális Innováció Alapítvány – SZIA) zusammen.

Workshops: Nutzerinvolvierung für maßgeschneiderte Softwarelösung

Um die Bedürfnisse und Wünsche der zukünftigen Nutzer frühzeitig zu erkennen und zu verstehen, wurden diese von Anfang an in den Entwicklungsprozess mit einbezogen. Hierzu fanden in den aufeinander aufbauenden Projektphasen regelmäßig Workshops und Befragungen, unter anderem in Kooperation mit dem CedrusNet-Programm und SZIA statt.

Im April 2015 wurde der Gedankenaustausch mit älteren Personen zum Thema Erfahrungserhalt und -weitergabe angeregt, indem mehrere in Ungarn existierende Online-Jobportale bewertet und anschließend die Wünsche und Vorstel-

lungen der Teilnehmenden hinsichtlich der in ExpAct zu entwickelnden Plattform zusammengetragen wurden. Ziel des Workshops im September 2015 war es, mit Personen über 55 Jahren einen innovativen Fragebogen zur Erfassung ihrer beruflichen und persönlichen Erfahrungen zu erarbeiten. Die spezifischen Anforderungen an die Softwarelösung in Ungarn wurden unter Berücksichtigung dieser definiert und umgesetzt.

Im Laufe der Monate Februar und März 2016 wurden Nutzerinterviews zum ExpAct-Prototypen durchgeführt, um dessen grafisches Design und grundlegende Funktionalitäten zu testen und zu validieren. Die Evaluierung des auf ungarische Bedürfnisse maßgeschneiderten Prototypen durch Vertreter beider Zielgruppen ergab, dass die Testteilnehmenden die neue Lösung begrüßten und besonderes Interesse für den innovativen Matching-Prozess, d. h. für die automatisierte Zusammenführung der Anbieter und Nachfrager für Erfahrung, zeigten.

Die regelmäßigen Befragungen von Projektbeginn an leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und Verbesserung der ExpAct-Lösung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der zukünftigen Nutzer. Dadurch konnte nicht nur die ungarische Plattform weiterentwickelt werden, sondern die Ergebnisse flossen auch in den Entwicklungsprozess der Software auf Projektebene und in den Partnerländern ein.

Business modelling: Geschäftsmodelle für marktreife Produkte und Dienstleistungen

Um die in ExpAct zu entwickelnden Online-Vermittlungsplattformen marktfähig zu gestalten, spielte der Entwurf von Geschäftsmodellen von Projektbeginn an eine wichtige Rolle. Die für diesen Bereich verantwortlichen MitarbeiterInnen der AUB erstellten bis August 2015 eine erste Version eines kompletten Geschäftsplans, basierend auf dem McKinsey-Modell. Im weiteren Projektverlauf konzipierten die Partner, die an einer Kommerzialisierung der ExpAct-Lösung interessiert sind, auf Basis dieses Geschäftsplans eigene, maßgeschneiderte Geschäftsmodelle. Die Bemühungen der Projektpartner wurden dabei in zwei speziellen Seminaren, sogenannten „AAL2Business“-Workshops, im Juni 2015 und Mai 2016 in Budapest durch einen anerkannten Experten aus Finnland unterstützt.

Dissemination: Sichtbarkeit in Ungarn und Europa

Mit dem Ziel, das Projekt und die geplante Softwarelösung der breiten nationalen und internationalen Öffentlichkeit vorzustellen, erstellte die AUB zahlreiche Online-Artikel und veröffentlichte drei wissenschaftliche Publikationen zu projektbezogenen Themen. Darüber hinaus nahmen die MitarbeiterInnen der AUB an diversen Veranstaltungen und Konferenzen im In- und Ausland teil. Dazu gehörten unter anderem die Konferenz „Senior Knowledge Governance CedarNet-Program“ am 21. Mai 2015 in Miskolc (HU), das AAL-Praxisforum SMARTER LIVES 2015 am 11. Juni 2015 in Innsbruck (AT), sowie die „Advancing Assistive Technology and eAccessibility for People with Disabilities and the Aging Population“ Konferenz (AAATE) vom 9. bis 12. September 2015 in Budapest. Die AUB war auch an den jährlich stattfindenden Veranstaltungen des AAL-Forschungsförderprogramms, den sogenannten AAL-Foren, vertreten. Diese Ereignisse stellten eine hervorragende Möglichkeit dar, ExpAct einem breiten Publikum zugänglich zu machen und sich mit potenziellen Partnern und Kollegen zu vernetzen.

Ausblick: Feinschliff der ExpAct-Plattform bis Oktober

In den letzten Monaten der Projektimplementierung bis Ende Oktober 2016 plant die AUB weitere zwei Runden an ausführlichen Software-Tests mit EndanwenderInnen. Dabei sollen alle im Rahmen des Projektes definierten und entwickelten Funktionalitäten getestet und bewertet werden. Falls erforderlich, werden auf Basis der Testergebnisse weitere Anpassungen und Verbesserungen an der ExpAct-Lösung unternommen. Auch die Geschäftspläne der Partner werden weiterentwickelt und finalisiert, damit bis Ende der Projektlaufzeit konkrete Voraussetzungen für die Kommerzialisierung der Software geschaffen werden. Außerdem werden alle fälligen Dokumente, die die Projektaktivitäten dokumentieren und Details der entwickelten Lösung enthalten, ausgearbeitet. Um die Ergebnisse des Projektes relevanten Stakeholdern in Ungarn vorzustellen, ist darüber hinaus eine Veranstaltung an der AUB im Herbst geplant.

AAL: Partizipation an internationaler Forschung

Das Projekt „Experience keep people active - ExpAct“ wird vom „Active and Assisted Living Programme“ (Projektnummer AAL-2013-6-101) gefördert. Die Beteiligung der AUB am Projekt wird im Rahmen der Ausschreibung

„Az EU 7. Keretprogramban és egyéb közös EU-s kezdeményezésbe való bekapcsolódás támogatása“ vom ungarischen Nationalfonds für Forschung, Entwicklung und Innovation finanziert (Vertragsnummer: NEMZ_12-1- 2014-0002). Das Projekt läuft in Ungarn vom 1. November 2014 bis 31. Oktober 2016 unter Beteiligung folgender Partnerinstitutionen:

- *Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (CH) - Koordinator*
- *Andrássy Universität Budapest (HU)*
- *Aktivsenioren Bayern e.V. (DE)*
- *Alpnet Engineering AG (CH)*
- *Ethical Software Coop. Soc. (IT)*
- *Europäische Akademie Bozen/ Bolzano (IT)*
- *PowerAge Foundation (CH)*
- *Universität Innsbruck (AT)*

Von der AUB beteiligen sich Prof. Dr. Martina Eckardt, Prof. Dr. Stefan Okruch, Dr. Felix Piazzolo, Csilla Szentiványi (M.A.), Petra Bölöni (M.A.), Éva Gazda (M.A.) und Mag. Johannes Keckeis an der Implementierung des AAL-Projekts. Weitere Informationen zum ExpAct-Projekt finden Sie auf www.expact.eu.

Csilla Szentiványi



HÖHEPUNKTE DER GESCHICHTE DER ANDRÁSSY

UNTERZEICHNUNG DER „ULMER ERKLÄRUNG“

Die „Ulmer Erklärung“ vom 22. Februar 2001 ist die Gründungsinitiative des ungarischen Ministerpräsidenten, des österreichischen Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten Bayerns und Baden-Württembergs.

„Die Regierungschefs begrüßen die von der Republik Ungarn geplante Gründung einer deutschsprachigen Universität in Budapest und das damit verbundene Ziel der Heranbildung einer Leistungselite, die in der Lage sein wird, die Herausforderungen des zusammenwachsenden Europas aktiv mitzugestalten.“

Ulmer Erklärung, Absatz 11

ERSTE REKTORWAHL

Miklós Kengyel wird am 18. Juni 2003 zum Rektor der Universität gewählt. Er bekleidet sein Amt bis zum 15. September 2007. Auf dem Foto mit Konrad Kreuzer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der E.ON Hungária Kft., bei der feierlichen Übergabe der E.ON-Bücherspende am 30. Oktober 2003.



2. September 2002

29. November 2002

August-September 2003

22. Februar 2001

18. Juni 2003

ERÖFFNUNG DES ERSTEN STUDIENJAHRES

EINWEIHUNG DER UNIVERSITÄT

Die Universität wird am 29. November 2002 eingeweiht. Bundespräsident Johannes Rau (l.) besucht Budapest und nimmt an der feierlichen Eröffnung der AUB teil. Hier auf dem Weg zum Festakt mit dem Staatspräsidenten der Republik Ungarn, Ferenc Mádl (r.), und dem Gründungsrektor der AUB, György Hazai (2.v.l.). Hazai wurde von der öffentlichen Stiftung für die Deutschsprachige Universität, dem Trägerorgan der Universität, zum ersten bzw. „Gründungs“-Rektor ernannt.



Foto: Bernd Köhler

„Ich freue mich darüber, dass wir heute gemeinsam die deutschsprachige Andrassy-Universität einweihen können. Ihnen, Herr Präsident Mádl, danke ich ganz herzlich für die Einladung. Wir beginnen heute ein faszinierendes, ein bisher einmaliges Projekt: Die erste deutschsprachige Universität, die nach dem Kriege außerhalb des deutschsprachigen Raumes eröffnet wird. Ich bin dankbar dafür, dass so viele mitgeholfen haben, dieses Projekt zu realisieren, und ich freue mich darüber, dass ich bei der offiziellen Einweihung dabei sein und Deutschland vertreten kann. [...] Wir brauchen in Europa junge Menschen, die eine fundierte kulturelle Bildung und einen breiten europäischen Horizont haben und die vielfältigen Erfahrungen in der europäischen Zusammenarbeit sammeln. Ich bin sicher, dass sich die Andrassy-Universität dieser anspruchsvollen Aufgabe mit aller Kraft widmen wird.“

Johannes Rau, 29. November 2002

UMZUG INS NEUE GEBÄUDE

Im August und September 2003 zieht die Universität aus ihrem provisorischen Sitz in der Magyar utca in das Festetics-Palais um. Auf den Fotos der Hof der Universität vor und nach der Renovierung.



UNIVERSITÄT BUDAPEST (2001–2015)



ERSTER ANDRÁSSY-BALL

Der erste Andrassy-Ball findet in den Prunksälen des frisch renovierten Festetics-Palais am 20. Februar 2004 statt.



DER BAYERISCHE MINISTERPRÄSIDENT EDMUND STOIBER ZU GAST AN DER AUB

30. Oktober 2003

19. April 2004

13. Juli 2004

20. Februar 2004

19. Mai 2004

ERSTER TAG DER OFFENEN TÜR

„Und heute ist die AUB da, seit 15 Jahren als erste und bisher einzige deutschsprachige Universität außerhalb deutschen Sprachraums. Für mich ist es immer wieder eine schöne Erfahrung zu erleben, wie StudentInnen und DozentInnen unterschiedlicher Nationen miteinander nicht nur gut, sondern anspruchsvoll, auf hohem universitärem Niveau im Geiste der Kollegialität zusammenarbeiten können.“

István M. Fehér,
Professor für Ideengeschichte, AUB

BESUCH DES BUNDESPRÄSIDENTEN JOHANNES RAU WÄHREND SEINER LETZTEN AUSLÄNDISCHEN DIENSTREISE

„Er wanderte durch das ganze Gebäude, öffnete die Tür eines Lehrsaales, in dem gerade eine Lehrveranstaltung stattfand. Die ‚überraschten‘ Studierenden der Fakultät für Internationale Beziehungen empfingen den Bundespräsidenten mit ihren Fragen.“

Miklós Kengyel, Rektor der AUB 2003–2007



BESUCH DES ÖSTERREICHISCHEN BUNDESPRÄSIDENTEN HEINZ FISCHER

Akkreditierung der Studiengänge der AUB

- 30. JANUAR 2008
MAB-Akkreditierung des Studienganges International Economy and Business
- 10. OKTOBER 2008
MAB-Akkreditierung des Studienganges Internationale Beziehungen
- 6. NOVEMBER 2008
MAB-Akkreditierung des Studienganges Mitteleuropäische Geschichte
- 3. NOVEMBER 2009
MAB-Akkreditierung des Studienganges Europäische und Internationale Verwaltung
- 6. JULI 2012
Institutionelle Reakkreditierung der AUB durch MAB
- 11. JULI 2013
MAB-Akkreditierung des LL.M.-Programms
- 3. OKTOBER 2013
MAB-Akkreditierung des Studienganges Mitteleuropäische Studien - Diplomatie

BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL BESUCHT DIE AUB ZUM ERSTEN MAL



„Die Andrassy-Universität ist die einzige deutschsprachige Hochschule außerhalb des deutschen Sprachraums. Dass sie sich gerade hier in der ungarischen Hauptstadt befindet, unterstreicht noch einmal die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle natürlich versichern, dass Deutschland dieses wertvolle Symbol der deutsch-ungarischen Beziehungen weiterhin unterstützen wird.“

Angela Merkel, 21. August 2007

AKKREDITIERUNG DER AUB DURCH MAB UND ACQUIN

Die Ungarische Akkreditierungskommission (MAB) hat in Kooperation mit der deutschen Evaluierungsagentur ACQUIN nach erneuerter Überprüfung beschlossen, dass die AUB in den drei Fächern (Internationale Beziehungen, Mitteleuropäische Studien, Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften) den Akkreditierungsgrad „postgraduiertes Masterstudium“ erhält.

1. September 2006

23. Oktober 2006

1. Februar 2008

September 2005

GRÜNDUNG DER INTERDISZIPLINÄREN DOKTORSCHULE AN DER AUB

21. August 2007

ANDRÁS MASÁT TRITT SEIN AMT ALS REKTOR DER UNIVERSITÄT AN

Prof. Dr. András Masát mit Jürgen Rüttgers, ehemaliger Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, sowie ehemaliger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, der am 21. April 2008 die Universität besuchte.

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESPRÄSIDENT MORITZ LEUENBERGER BESUCHT DIE UNIVERSITÄT



„Ihr erster Besuch bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte der AUB. Sie hielt das Fortbestehen der Universität für wichtig und sagte in ihrer Rede die weitere Unterstützung von Deutschland zu. Mit dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel begann eine neue Epoche für die Universität.“

Miklós Kengyel,
Rektor der AUB 2003-2007

10-JÄHRIGE JUBILÄUMSFEIER DER „ULMER ERKLÄRUNG“



„Die Andrassy-Universität erinnert an all das, was uns als Mitteleuropäer verbindet. So wie bisher wird sie auch in Zukunft mit Ausbildung und Forschung Bedeutendes für die Entwicklung im Donauraum leisten. [...] Der Weitblick der Gründungsväter, die Andrassy-Universität vor zehn Jahren aus der Taufe gehoben zu haben, verdient an dieser Stelle unseren Dank. Wenn sie die Gründung nicht schon damals auf den Weg gebracht hätten, so müssten wir es heute tun. In diesem Sinne wünsche ich der Andrassy-Universität eine weiterhin so erfolgreiche Entwicklung.“

Cornelia Pieper, Staatsministerin
im Auswärtigen Amt, 15. April 2011

ERÖFFNUNG DER BIBLIOTHEK DES ÖSTERREICHISCHEN KULTURFORUMS AN DER AUB

10. September 2010

9. September 2011

21. September 2010

15. April 2011

GRÜNDUNG UND ERSTE GENERALVERSAMMLUNG DES AUB-ALUMNI-VEREINS

Auf dem Foto Jesko Petersen (l.), Mitglied der Rechnungsprüfungskommission, und Johann-Jakob Wulf (r.), Mitglied der Präsidium des Vereins.



„Eines der Hauptziele des AUB-Alumni-Vereins war es von Anfang an, den Studierenden nach dem Studium ein Forum zu bieten, über welches sie mit ihrer ‚Alma Mater‘ in Verbindung bleiben können. [...] Dank einiger innovativer Projekte hat sich die Universität zu einem deutschsprachigen ‚think-tank‘ in Budapest entwickelt, bei dem auch die Alumni ein wichtiger Motor sind.“

Martin Wodraschke,
Vorsitzender des AUB-Alumni-Vereins

ERSTE AUSGABE DER ANDRÁSSY NACHRICHTEN





Der ehemalige Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und Gründungsvater der Universität, Erwin Teufel, zu Besuch an der AUB.



Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung hält einen Vortrag an der Universität. Auf dem Foto v.l.n.r.: Dr. Gerhard Wahlers, Hans-Gert Pöttering, Józsefné Antall, András Masát, Frank Spengler.

22. April 2013

6. Mai 2013

23. Mai 2012

29. April 2013



Der österreichische Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Karlheinz Töchterle, besucht die Universität und diskutiert mit den Mitgliedern des vom BMWFW geförderten Doktoratskollegs der Fakultät für Mitteleuropäische Studien.

BESUCH VON BUNDESAUSSENMINISTER GUIDO WESTERWELLE



„Die Andrassy-Universität als Ort der gelebten Internationalität und Forum des Austauschs zur Zukunft Europas liegt uns daher besonders am Herzen. Das Auswärtige Amt wird seine Unterstützung der Universität auch in Zukunft fortsetzen.“

Guido Westerwelle, 6. Mai 2013

DIE AUB WIRD „UNIVERSITY OF NATIONAL EXCELLENCE“

„[...] das ungarische Hochschulwesen braucht eine Bewegung in Richtung der Qualität, deshalb werden [...] Universitäten und Hochschulen, in denen Bildung und Forschung auf einem hohen Niveau betrieben werden, mit dem Titel ‚University of National Excellence‘ ausgezeichnet. Zu diesen Bildungsstätten gehören die Universität von Debrecen und Szeged, die ELTE, die Katholische Péter Pázmány Universität. Zu diesen schlossen sich jetzt die deutschsprachige Andrassy Universität Budapest, welche – ehrlich gesagt – beispiellos in Europa ist, sowie die MOME, Moholy-Nagy-Universität für Kunsthandwerk und Gestaltung an. Beide Bildungsstätten zeichnen sich durch die Qualität der Bildung, der Pflege der Wissenschaften und Forschung aus und haben diese Auszeichnung verdient [...]“

István Klinghammer, Staatssekretär für Hochschulbildung, 5. September 2013



Zoltán Balog, Minister für Humanressourcen, mit András Masát bei der feierlichen Eröffnung des Studienjahres 2015/16.

20. September 2013

2. Februar 2015

5. September 2013

11. September 2015

SYSTEMAKKREDITIERUNG DER AUB DURCH EVALAG

Die Akkreditierungskommission von evalag traf in ihrer Sitzung vom 20. September 2013 eine positive Entscheidung über das Qualitätssicherungssystem in Studium und Lehre an der AUB. Damit ist die AUB die erste ausländische Universität, die in Anlehnung an deutschen Regeln und Kriterien positiv begutachtet wurde.

2. BESUCH VON BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL

„Wie eng Europa zusammengerrückt ist, sehen wir hier an der Andrassy Universität. Sie ist ein vorbildliches Beispiel grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Sie führt Studierende aus verschiedensten Nationen in international ausgerichteten Studiengängen zusammen.“

Angela Merkel, 2. Februar 2015

„Anfänglich war die AUB ein Abenteuer, allerdings ein ehrgeizig begonnenes und von allen Beteiligten mit viel Optimismus erlebtes. Nach 15 Jahren kann man wohl sagen: Pioniergeist und Gestaltungswille zusammen mit Konsequenz und Engagement von Lehrenden und Lernenden haben daraus einen Erfolg werden lassen! Eine europäische, deutschsprachige Universität in Budapest ist ein ermutigendes Zeichen in Zeiten, in denen die europäische Integration selbst zum Abenteuer geworden zu sein scheint...“

Stefan Okruch, Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen



Veranstaltungen an der AUB im Sommersemester 2016

UNIVERSITÄT, FAKULTÄTEN, DOKTORSCHULE

„Hitlers langer Schatten“

Vortrag von Thomas Weber, Professor für History
and International Affairs an der University of Aberdeen

Am 15. Februar lud das Auslandsbüro Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) gemeinsam mit der AUB zur Konrad-Adenauer-Vorlesung von Prof. Dr. Thomas Weber zu „Hitlers langer Schatten: Der Umgang der Deutschen mit Adolf Hitler, 1945-1966“ ein.

Rektor Prof. Dr. András Masát und Frank Spengler, Leiter des KAS-Auslandsbüros, eröffneten die Veranstaltung und Prorektor Prof. Dr. Hendrik Hansen führte in einem Kurzvortrag in die Thematik ein.

Weber ging zunächst auf die Veröffentlichung der kommentierten Fassung von „Mein Kampf“ ein. Die Entscheidung, das Buch zuerst nur in kommentierter Version und begrenzter Auflage herauszugeben, zeige den wenig souveränen Umgang der deutschen Öffentlichkeit mit der Person Adolf Hitler. Statt auf die Kräfte der Zivilgesellschaft zu setzen, herrsche bei dem Umgang mit der NS-Vergangenheit eine Staatsgläubigkeit. Dabei habe erst „die späte Veröffentlichung das Buch zu einem Symbol werden lassen.“

Im Laufe seines Vortrags mahnte Weber zudem an, dass man sich der Komplexi-



tät Hitlers bewusst werden müsse und ihn nicht „als Nihilisten oder Produkt der NS-Propaganda unter umgekehrten Vorzeichen“ einordnen dürfe. Sei man sich der Komplexität Hitlers bewusst, so könne man auch besser Analogien zur heutigen Zeit ziehen, so Weber. In vielen Debatten, wie z. B. in der Debatte um die Flüchtlingskrise, seien die Argumentationsstrukturen sehr ähnlich. Außerdem müsse man mehr Platz für andere Geschichtsbilder einräumen, im Speziellen für die Erfahrungen mit Diktaturen in

Mittel- und Osteuropa. Wenn dies geschehe, könne Deutschland seiner verantwortungsvollen Position beim Umgang mit der NS-Vergangenheit besser gerecht werden.

Luc Kerren



Die Relevanz der Verfassungstheorie

Vortrag von Prof. Dr. Uwe Volkmann, Professor für öffentliches Recht
und Rechtsphilosophie an der Goethe-Universität

Auf der Veranstaltung des „Budapester Arbeitskreises für Verfassungstheorie“ in Kooperation mit dem Institut für Rechtswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und der Fakultät für Vergleichende

Staats- und Rechtswissenschaften an der AUB am 17. Februar 2016 stellte Prof. Volkmann sein Buch „Grundzüge einer Verfassungslehre der Bundesrepublik Deutschland“ sowie seinen Aufsatz „Rechts-Produktion oder:

Wie die Theorie der Verfassung ihren Inhalt bestimmt“ vor.

Prof. Volkmann, dessen Forschungsschwerpunkte in den Bereichen der Verfassungstheorie, der Grundrechte, der Grundlage des deutschen Verfassungs-

rechts und dem Polizeirecht liegen, präsentierte vier verschiedene exemplarische Verfassungstheorien, da seiner Auffassung nach jede Interpretation der Verfassung ihren Ausgang von einer bestimmten Theorie der Verfassung nehme. Als erste Verfassungstheorie nannte er „die Verfassung als Gesamtentscheidung über Art und Form der politischen Einheit“ von Carl Schmitt. Als zweites sprach er die Verfassungstheorie des juristischen Positivismus von Hans Kelsen an, die das Verständnis der Verfassung in Österreich bis heute sehr stark prägte. Danach nannte er die Integrationslehre von Rudolf Smend, die die Verfassungsanwendung der Bundesrepublik beeinflusst habe, sowie die Interpretation der Verfassung als Gerechtigkeitsordnung, welche sich wesentlich in der heutigen Verfassungspraxis der Bundesrepublik widerspiegeln.

Die Leitfrage „Was ist eigentlich eine Verfassung?“ beherrschte den zweiten Teil des Vortrages. Prof. Volkmann nutzte für die Antwort auf diese Frage seine Grundthese, wonach ein allgemeiner Verfassungsbegriff die Verfassung in bestimmten Grundstrukturen beschreibe, was bedeute, dass jede Gesellschaft ihren ei-

genen Verfassungsbegriff und ihre eigene Grundvorstellung von einer Verfassung herleite. Im Sinne dieser Grundannahme würden sich verschiedene klassische Gegensatzpaare entfalten. Das erste und älteste Gegensatzpaar beziehe sich auf die Geltungsweise der Verfassung im empirischen oder soziologischen Sinne und der Verfassung im normativen Sinne. Beim zweiten Gegensatzpaar handele es sich um die Besonderheit der Verfassung, dass diese sich von anderen Rechtsnormen unterscheide. Diese Besonderheit sei im formellen und materiellen Sinne sichtbar. Als drittes Gegensatzpaar stellte er den Gegensatz zwischen einer herrschaftsbegründeten (z. B. in den USA und in Frankreich) und einer herrschaftsbegrenzenden (z. B. in Deutschland) Verfassung dar. Mit dem vierten Gegensatzpaar zeigte er, wie sich Verfassung an die politische Wirklichkeit knüpfe. Dabei unterscheide man zwei Grundmodelle: die limitierende und programmatische Verfassung. Als limitierende Verfassung habe die Verfassung vor allem die Aufgabe, die Staatsgewalt zu begrenzen. Man begreife die Auslegung der Grundrechte als Abwehrrechte gegenüber dem Staat. Eine pro-

grammatische Verfassung habe dagegen die Aufgabe, politisches Handeln für die Zukunft „zu programmieren“ und in eine bestimmte Richtung zu lenken. Das fünfte Gegensatzpaar stellte das Verhältnis der Verfassung zur außerrechtlichen Sinnsysteme wie Kultur, Moral, Ethik, Philosophie dar. Hier unterschied Prof. Volkmann ebenfalls zwei Modelle. Einerseits entspreche die Rechtsverfassung den juristischen, staatsrechtlichen Positivismus, andererseits beruhe die rechtsethische Verfassung auf einer starken Öffnung zu den Sinnsystemen der Moral und Ethik. Das letzte Gegensatzpaar bezog sich auf das Verhältnis der Verfassung zu der zugeordneten Wirklichkeit. Die verschiedenen Verfassungslehren ließen sich laut Prof. Volkmann in die Ordnungstheorie und in die Prozesstheorie einteilen.

Prof. Volkmann schloss seinen Vortrag mit der Diskussion über die Funktion der Verfassung. Dazu gehöre unter anderem der Gerechtigkeitsanspruch, die Grundlage der politischen Gemeinschaft, die Auswirkungen auf die Rechtsordnung, und die normative Anwendung der Verfassung.

Aliz Maletics

Der amerikanische Auswärtige Dienst: Zugänge, Erscheinungsbild, Prognosen

Der amerikanische Diplomat und Inhaber des Henry-Kissinger-Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung an der Universität Bonn, Prof. James D. Bindenagel, hielt am 17. März an der AUB einen Vortrag zum amerikanischen Auswärtigen Dienst. Im Anschluss gab es eine Gesprächs- und Diskussionsrunde mit dem Vortragenden und den beiden Organisatoren, Dr. Ferdinand Trauttmansdorff und Dr. Ulrich Schlie (beide AUB), sowie Studierenden der AUB.

Der Vortrag war Teil des Lehrprogramms der Veranstaltung „Vorbereitung auf den Concours“ (Trauttmansdorff) sowie „Public Diplomacy“ (Schlie). Prof. Bindenagel sprach nach einer kurzen Einführung durch Dr. Schlie – über die Funktionsweise des amerikanischen Auswärtigen Dienstes, das Leben eines

amerikanischen Diplomaten und – eng damit verbunden – seinen eigenen Werdegang. Die folgende Fragerunde nutzten die Studierenden, um insbesondere Fragen zu der Sicht des Diplomaten auf das aktuelle Weltgeschehen zu stellen.

Bei Wein und einem kleinen Buffet wurde der Abend im Andrássy-Saal fortgesetzt. Zunächst sprachen die drei

Diplomaten über ihre Lebenswelt und den Wandel diplomatischer Arbeit. Interessant war dabei der Vergleich der Arbeitsweisen der drei verschiedenen Heimatländer der anwesenden Diplomaten; den USA, Österreichs und Deutschlands.

Lukas Knopp



James D. Bindenagel (3. v. l.), mit Ulrich Schlie (1. v. l.), Ferdinand Trauttmansdorff (4. v. l.) und AUB-Studierenden.

Zum Verhältnis von Rechtsstaat und Demokratie

Konrad-Adenauer-Vorlesung von Prof. Dr. Siegfried. F. Franke



Siegfried. F. Franke mit Stefan Okruch.

Nach den Grußworten des Dekans der Fakultät für Internationale Beziehungen, Prof. Dr. Stefan Okruch, und des Leiters des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung, Frank Spengler, wies Prof. Dr. Franke am 30. März 2016 zunächst auf die aktuelle Relevanz des Vortragsthemas hin. Diese ergebe sich nicht nur aus der Tagespolitik, wenn es z. B. um die Verfassungsgerichtsbarkeit in Polen oder die Wechselwirkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Ungarn gehe: Die Aushöhlung der Demokratie sei ein weltweites Phänomen, so Franke. Er betonte, dass Staaten in aller Welt Wert auf Demokratie legen würden, jedoch einigen davon vom internationalen Umfeld vorgeworfen würde, es mit der Umsetzung nicht ganz ernst zu meinen. Als Beispiele nannte er Wahlfälschungen in Russland und Weißrussland, dem Iran, in Libyen und auch in Nordkorea, wobei dort 99,1 Prozent der Wähler für die Einheitspartei gestimmt hätten.

Demokratie ohne jegliche Attribute ist unmöglich

Prägnant sei im weiteren Zusammenhang auch ein Zitat des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der im Jahr 2015 in der Rede zur Lage der Nation für „eine Demokratie, allerdings ohne jede Attribute“ plädiert habe. Gegen diese Aussage formulierte Franke vier Thesen: erstens, es gebe ein Standardmodell der Demokratie, zweitens, es sei zwischen der Demokratie als Staatsform und der Demokratie als Regierungsform zu unterscheiden, drittens, die Demokratie habe notwendigerweise Attribute und viertens, die Regelungen bezüglich der Verknüpfung von Demokratie mit den Attributen seien in der vorgelagerten Verfassung zu finden. Die Demokratie als Staatsform ließe sich sowohl mit der Monarchie, als auch der Republik, als auch mit einem Zentralstaat oder einem Bundesstaat verknüpfen. Dies drücke sich dann in präzisen Benennungen oder Attributen aus,

so Franke. Nach Fragestellungen zur Regierungsform folgerte er, dass sich in der konkreten Ausprägung historische, kulturelle, gesellschaftliche und ökonomisch bedingte Unterschiede zeigen würden. Die Demokratie als reiner Mehrheitsmechanismus bedürfe zur materiellen Fundierung gewisser Attribute, um sich fair, gerecht, zukunftsgerichtet und vor allem rechtsstaatlich auszugestalten.

Sicherung der Freiheit durch Rechtsstaatlichkeit

Das Primärziel eines Staates solle die umfassende Sicherung der Freiheit sein, und dies könne nur durch die Rechtsstaatlichkeit erfolgen. Wichtige Voraussetzungen dieser seien u. a. eine Gewaltenteilung, die Gewährleistung der Grundrechte, ein genereller Rechtsschutz, sowie die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsprinzips. Außerdem unterstrich Franke die Bedeutung des Heterogenitätsprinzips, welches davon ausgehe, dass eine Vielzahl an unterschiedlichen politischen Meinungen eine Demokratie umso fruchtbarer werden lasse.

Eine Demokratie, in der jede Entscheidung allein vom Volk getroffen wird, sei allerdings nicht wünschenswert. So würde z. B. die Einführung der Todesstrafe in manchen schwerwiegenden Fällen von der Mehrheit der Bevölkerung gefordert, könne aber von keinem zivilisierten Staat verantwortet werden. Eine Regierung solle lediglich aktiv beobachten und bei Bedarf bestimmte Regulierungen ändern. Das Ziel sei eine Demokratie mit dem Attribut der freiheitlich-rechtsstaatlichen Regelungen.

Migration über das Mittelmeer – Herausforderungen für Europa und die Schweiz

Vortrag von Dr. Eduard Gnesa, schweizerischer Sonderbotschafter für Internationale Migrationszusammenarbeit

Der Vortrag von Eduard Gnesa fand am 31. März 2016 im Rahmen eines „Brown Bag Lunches“ statt, der in Zusammenarbeit des Zentrums für Demokratieforschung am Donau-Institut und der schweizerischen Botschaft in Budapest veranstaltet wurde.

Die Migration über das Mittelmeer und die damit verbundenen Herausforderungen für Europa sind derzeit wohl die brisantesten politischen Themen in der Schweiz und den EU-Staaten.

Zu Beginn des Vortrags betonte Dr. Gnesa zunächst, dass die Migrationspolitik im weitesten Sinne in der Kompetenz der einzelnen Staaten liege. Darum sei die multilaterale Zusammenarbeit der Staaten sehr wichtig, um die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Dahingehend erwähnte der Sonderbotschafter, dass die Erarbeitung einer allumfassenden, verbindlichen internationalen Konvention zum Thema Migration und Asyl wünschenswert sei. Ebenfalls betonte Dr. Gnesa die Relevanz von bilateralen Übereinkommen zu den Themen Rückübernahme und

Reintegration von ausgewiesenen Migrantinnen und Migranten. In diesem Zusammenhang wies Dr. Gnesa auf das nötige Zusammenspiel von Entwicklungs- und Migrationspolitik hin und legte die Gründe von Flucht und Migration dar. Vor diesem Hintergrund erklärte er auch die verschiedenen Fluchtrouten über das Mittelmeer und veranschaulichte damit die Problematik noch einmal.

Kooperation mit der EU wesentlich für Schweizerische Asylpolitik

Dr. Gnesa unterstrich die Bedeutung der Europäischen Union bei der Bewältigung der Herausforderungen. Aus Sicht der Schweiz, die durch Abkommen eng an die EU gebunden und Teil des Schengen-Raumes sei, sei die Kooperation innerhalb der EU integraler Bestandteil zur Lösung der Problematik. Darum sei die Zusammenarbeit mit der EU ein wesentlicher Teil der schweizerischen Asylpolitik, könne aber nur funktionieren, soweit die EU mit einer Stimme

spreche und besonders die Registrierung der Flüchtlinge ordnungsgemäß durchführe. Weitere Grundsätze der schweizerischen Asylpolitik seien der Schutz und die Integration von Asylsuchenden in der Schweiz und die Hilfe vor Ort. Beispielhaft für letzteres seien die Migrationspartnerschaften der Schweiz mit Ländern, in die Flüchtlinge aus der Schweiz zurückgeführt werden.

Abschließend regte der Vortrag Nachfragen von Seiten der Teilnehmenden über beispielsweise die Balkanroute, das derzeitige Nichteinhalten des EU-Rechts einiger EU-Staaten und die Problematik von illegaler und legaler Einwanderung an.

Julia Peters



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Embassy of Switzerland

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Tschechien

Vortrag von Dr. Karel Šimka, Richter am Obersten Verwaltungsgericht der Tschechischen Republik

In seinem Vortrag am 13. April 2016 – organisiert von der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften – führte Dr. Karel Šimka in die historischen und prozessualen Grundlagen, die Organisation sowie in aktuelle Fragen der modernen tschechischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ein.

Nach einem kurzen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Gerichts in der Zeit des österreichischen Kaiserreichs und während des Kom-

munismus, stellte Šimka zunächst das Verwaltungsgericht in der Form vor, wie es zwischen 1992 und 2002 existierte. Aufgrund seiner noch starken Prägung durch den Sozialismus sei es damals durch das Verfassungsgericht stark kritisiert worden. So sei es im Jahr 2003 dann zu einer umfassenden Reform gekommen: Die Landesgerichte seien im Rahmen dieser Reform zu Gerichten der ersten Instanz umgewandelt worden, während ein selbstständiges Oberstes Verwaltungs-

gericht als Gericht der zweiten und letzten Instanz geschaffen worden sei. Dieses noch junge Verwaltungsgericht verfüge laut Šimka über eine große Macht und einen großen Einfluss, der sich vor allem in den Bereichen der Wirtschaft, der Umwelt und des politischen Prozesses widerspiegele. Nach der historischen Entwicklung wandte sich der Vortragende der Organisation und dem Verfahren des Obersten Verwaltungsgerichts zu. Nach einem detaillierten Überblick über die Zu-

sammensetzung ging Šimka zudem auf die Klagearten und Rechtsmittel des Gerichts ein.

Neuer Ethos in der tschechischen Verwaltungsgerichtsbarkeit

Weiterhin betonte Šimka die wichtige Rolle der Rechtsprechung des Obersten Verwaltungsgerichts. Demnach zeichne sich die heutige Rechtsprechung durch eine starke Verfassungskonformität aus. Neben diesem Anspruch, der eigenen Verfassung gerecht zu werden, lege das Gericht zudem einen großen Wert auf die konforme Auslegung mit dem Europarecht. Außerdem kontrolliere es das Verwaltungsermessen, um Er-

messensmissbrauch und Willkür zu verhindern. Durch diese Praxis hebe es sich deutlich zu dem alten Gericht der 90er Jahre ab. Seit dem Neuanfang im Jahre 2003 habe sich ein neuer Ethos entwickelt, der vor allem durch den damaligen Gerichtspräsidenten, den Šimka als Visionär bezeichnet, vorangetrieben worden sei. Es handle sich heute um ein diskussionsfreudiges Gericht, welches sich durch ein Personal mit unterschiedlichen akademischen Hintergründen durch eine gewisse Offenheit auszeichne.

Zuletzt ging Šimka auf den Einfluss der Rechtsprechung des Obersten Verwaltungsgerichts auf die Verwaltung ein. Er bescheinigte dem Gericht einen großen Einfluss, wobei

die Verwaltung zwar teilweise Kritik ausübe, die Rechtsprechung aber trotzdem weitestgehend annehme und akzeptiere. Vielmehr stünden Gericht und Verwaltung in einem ständigen Austausch. Auch die intensive Kommunikation mit der Öffentlichkeit zeichne die Arbeit des Verwaltungsgerichts aus. Dabei sei das Gericht stets bedacht, seine Arbeit transparent zu gestalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Abschließend betonte er nochmals die wichtige Rolle des Gerichts im tschechischen Verfassungsgefüge und hob hervor, dass es sich durch eine gute Stabilität auszeichne.

Arielle Ritter

Die Schweiz und Europa

Carl-Lutz-Vortrag von Christa Markwalder, Präsidentin des Schweizerischen Nationalrates



Die Carl-Lutz-Vortragsreihe wird von der AUB gemeinsam mit der Schweizerischen Botschaft Budapest in Gedenken an den Schweizerischen Vizekonsul in Budapest Carl Lutz, der im Verlauf des 2. Weltkrieges zehntausende ungarische Juden vor dem Holocaust bewahrte, organisiert. In diesem Rahmen präsentieren schweizerische Persönlichkeiten verschiedene Themen mit Bezug zu Europa, Ungarn und der Schweiz. Der Vortrag der Präsidentin des Schweizerischen Nationalrates, Christa Markwalder, am 13. April 2016 zum Thema „Die Schweiz und Europa“ bildete nunmehr einen Höhepunkt in dieser Reihe, da mit ihr eine der hochrangigsten Personen des öffentlichen schweizerischen Lebens an AUB begrüßt werden konnte.

Nach den Grußworten von AUB-Prorektor Prof. Dr. Hendrik Hansen und Gergely Pröhle, dem stellvertretenden Staatssekretär für internationale und EU-Angelegenheiten im ungarischen Ministerium für Humanressourcen, stellte Nationalratspräsidentin Markwalder die praktische Bedeutung Europas für die Schweiz in den Vordergrund und stellte fest, dass die Schweiz in ge-

wisser Hinsicht sogar ein „Europe en miniature“ sei. Nach einem historischen Überblick der Entwicklungen nach dem 2. Weltkrieg ging sie auf die Neutralitätsverpflichtung als konstitutiven Bestandteil des schweizerischen Staatsverständnisses ein, welche zu einer gewissen außenpolitischen Zurückhaltung führe. Deswegen sei die Schweiz beispielsweise erst 2002 der UN beigetreten. Von Anfang an hätten allerdings gute Beziehungen zu den Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bestanden: Diese seien beständig weiter ausgebaut worden.

Nachdem in einem knappen Referendum gegen einen gemeinsamen Wirtschaftsraum votiert worden sei, habe sich die Schweiz für bilaterale Verhandlungen mit den damals noch zwölf Staaten der EG entschieden. Trotz wichtiger Schritte wie Freizügigkeits- und Luftverkehrsabkommen seien bis heute viele Fragen offen geblieben. Die Resultate einiger Volksabstimmungen hätten in der vergangenen Zeit den Diskussionsbedarf zwischen der Schweiz und der EU noch erhöht.

Abschließend stellte Markwalder fest, dass die Schweiz europäische

Werte wie Demokratie und das Bekenntnis zu den Menschenrechten unbedingt teile und immer hinter diesen stehen werde. Die Veranstaltung schloss mit einer Diskussionsrunde und einem Empfang auf Einladung des Schweizerischen Botschafters.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Embassy of Switzerland

Freie Meinungsäußerung – Strukturfragen des Schutzgegenstandes

Vortrag von *az.Prof. Dr. Christoph Bezemek (Wirtschaftsuniversität Wien)*
zu den Erkenntnissen seiner Habilitationsschrift

Aus seiner rechtsvergleichenden Analyse der Definitionen des Schutzgegenstandes in der US-Verfassung und der EMRK schloss Prof. Dr. Bezemek, dass der Schutzbereich jeweils unterschiedlich inhaltlich aufgebaut sei. Grundlegend machte er am 27. April 2016 an der AUB deutlich, dass das europäische Verständnis des Schutzbereichs der freien Meinungsäußerung sehr eng gefasst sei, da man die Unterscheidung in Meinungsäußerung und Tatbestandsäußerung treffe. Wohingegen das amerikanische Verständnis des Schutzbereichs offen sei für weitere Tatbestände.

Auf dieser Erkenntnis aufbauend beschäftigte sich Prof. Bezemek in seiner Arbeit mit der Grenze zwischen Meinungsäußerung und Tatbestandsäußerung im Sinne des Art. 10 EMRK. Seiner Auffassung nach sei eine Abgrenzung kaum möglich, da man den Schutzbereich als Ganzes betrachten müsse. Dann – so Prof. Bezemek – sei die freie Meinungsäußerung für diverse Tatbestände offen und der Schutzgegenstand gehe über die „Schein-Dichotomie“, die das europäische Verständnis des Schutzbereichs ausmache, hinaus.

Er machte deutlich, dass die Definition von Kommunikation grundlegend sei, um eine Zuordnung unter den Schutzbereich vorzunehmen. Die Frage lautete, ob Kommunikation nur ein Ausdruck durch Sprache sei oder auch andere Formen der Kommunikation in den Schutzbereich fielen. Laut Prof. Bezemek müsse auch symbolische bzw. nicht-sprachliche Kommunikation in den Schutzbereich fallen. Doch wie kann man nun Abgrenzungen treffen, bzw. analysieren, ob es sich um Kommunikation im Sinne des Schutzgegenstandes der freien Meinungsäußerung handelt?

Um diese Frage zu klären, hat Prof. Bezemek drei Kriterien entwickelt. Erstens müsse die Absicht zur Kommunikation vorliegen. Zweitens müsse die Kommunikation eine inhärente Symbolik beinhalten. Drittens müsse eine kontextbedingte Rezeption vorliegen. Insgesamt solle derjenige, der kommuniziert, auch bereit sein zu kommunizieren. Außerdem bestehe die Frage, ob es auf den Inhalt der Aussage ankomme und dieser ausschlaggebend für die Subsumtion eines Aktes der Kommunikation unter die freie Meinungsäußerung sei. Ab-

schließend komme es dabei aber auch auf den Kontext einer Äußerung an, die der Kommunikation eine unterschiedliche Symbolik zugrunde lege.

Prof. Bezemek schloss den Vortrag mit der Feststellung, dass wir oftmals kommunizieren würden, ohne dass wir es wahrnähmen. Daraus sei die Erkenntnis zu gewinnen, dass es Kommunikation jenseits der Interaktion gebe und somit auch der Schutzbereich der freien Meinungsäußerung weiter aufzufassen sei, als wie es die gängige Interpretation des Art. 10 EMRK nahelegen würde. Freie Meinungsäußerung in der weiten Auslegung sei damit mehr als nur umfassender Kommunikationsschutz. Aufgrund dieser Schlussfolgerungen formulierte Prof. Bezemek seine zentrale Botschaft an die Anwesenden skeptisch gegenüber der Dichotomie des Art. 10 EMRK zu sein und die Augen für ein weites Verständnis des Schutzgegenstandes der freien Meinungsäußerung zu öffnen.

Julia Peters

Nation und Europa – europapolitische Konzeptionen in Ungarn, Deutschland und Polen

Diskussionsrunde in der Reihe „Perspektiven für Europa – Budapester Studierende im Gespräch mit Diplomaten und Vertretern europäischer Unternehmen“



Am 28. April 2016 diskutierten Studierende der AUB und anderer Universitäten mit dem Botschafter der Republik Polen, Roman Kowalski, und dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Heinz-Peter Behr, sowie dem Vorstandsvorsitzenden von Siemens Ungarn, Dale A. Martin, Themen rund um „Nation und Europa – europapolitische Konzeptionen in Ungarn, Deutschland und Polen“.

Den Auftakt machte AUB-Prorektor Prof. Dr. Hendrik Hansen, indem er die Kritik an der Europäischen Integration von Seiten nationalistischer Bewegungen und Parteien in vielen EU-Mitgliedstaaten erläuterte. Besonders an den positiven Wahlergebnissen dieser Parteien lasse sich ein deutlicher Trend hin zu einer „Renationalisierung“ erkennen. Das Friedensprojekt Europa und die damit verbundenen Werte rückten dadurch zunehmend in den Hintergrund. Da-

rum stelle sich die Frage, was man auf europäischer Ebene tun könne, um dem entgegen zu wirken. Wie soll sich die EU weiterentwickeln und wie kann sie für die Unionsbürger wieder attraktiver werden?

Eröffnet wurde die Diskussion dann von den anwesenden Gästen. Dale A. Martin machte den Anfang, indem er erläuterte, dass gerade in der heutigen Zeit die Betonung der Gemeinsamkeiten der europäischen Staaten wichtiger sei als die Hervorhebung von nationalen Unterschieden. Gemeinsamkeiten seien wesentlich für die Zusammenarbeit in der europäischen Gemeinschaft. Und diese Gemeinschaft zeichne sich dadurch aus, dass letztlich die Staaten gemeinsam mehr erreichen könnten, als jeder im Alleingang. Botschafter Kowalski knüpfte daran an, indem er darauf aufmerksam machte, dass europäische Probleme nicht von außen kämen, sondern das Ergebnis einer

ideologischen Krise in Europa seien. Kein Politiker in Europa repräsentiere derzeit eine gemeinsame europäische Position. Letztlich könnten aber europäische Probleme auch nicht auf der nationalstaatlichen Ebene gelöst werden. Botschafter Behr merkte an, dass man sich auch das durch das Friedensprojekt Europa bereits Erreichte vor Augen führen müsse. Dies sei die Grundlage für das, was die EU mit Blick auf die globalen Herausforderungen in Zukunft leisten müsse. Ferner betonte Botschafter Behr aber auch, dass westliche Staaten die Angst ostmitteleuropäischer Staaten vor einem Souveränitätsverlust verstehen müssten. Man dürfe nicht vergessen, dass aufgrund der historischen Erfahrungen der ostmitteleuropäischen Staaten die Souveränitätsfrage ein sensibles Thema sei. Dieses bilde die Grundlage für einen Trend zur „Postnationalisierung“ in diesen Staaten.

Daraufhin diskutierten die Vortragenden mit den Studierenden Fragen der europäischen Integration und des aufkeimenden Nationalismus in den EU-Staaten. Ein besonders wichtiges Anliegen der Studierenden waren die Kommunikationsprobleme innerhalb der Europäischen Union. Dabei wurde schnell klar, dass vor allem die Vermittlung der EU im Bürgerkontext ausbaufähig sei. Botschafter Behr und Botschafter Kowalski waren sich einig darin, dass die EU ein Ziel brauche, wohin die europäische Integration in der Zukunft steuern solle. Deutlich wurde von Seiten der Studierenden darauf hingewiesen, dass die Identifikation des Bürgers mit Europa dabei eine wichtige Rolle spiele. Weiterhin wurde auch die Relevanz von Sicherheitsfragen im Kontext der EU betont. Botschafter Kowalski erwähnte in diesem Zusammenhang nochmals, dass es wichtig sei, in diesen Fragen die Interessen der Mitgliedstaaten zu einem gemeinsamen Standpunkt zu verbinden.

Beitrag zur Zukunft der EU leisten

Abschließend stand die Frage im Raum, was man zukünftig in der EU besser machen könne. Dale A. Martin stellte in Anknüpfung an sein Eingangsstatement heraus, dass jeder einen Beitrag dazu leisten müsse. Die EU sei wertvoll und darum sei der Beitrag jedes Einzelnen von großer Wichtigkeit für die Zukunft der EU. Botschafter Behr betonte, man solle einen positiven Blick in die Zukunft richten, woraufhin er einen Appell an die Studierenden richtete, die Initiative zu ergreifen und das Projekt Europa fortzuführen. Dem schloss sich auch Botschafter Kowalski an. Zusammenfassend stellte Prof. Hansen

fest, dass die EU und die nationalen Einzelinteressen in Einklang gebracht werden müssten und dadurch der aufkeimende Populismus unterbunden werden müsse.

Letztlich waren sich alle Anwesenden einig, dass die EU zukünftig ein verbindliches Integrationsziel brauche, um die derzeitigen Probleme zu lösen. Welches Ziel aber verfolgt werden solle, blieb zumindest vorerst offen: Es liege aber auch an der Ge-

neration der Studierenden, die EU in die vermeintlich richtige Richtung zu lenken und das Vertrauen zwischen den Völkern Europas und deren Vertrauen in die EU zurückzugewinnen und zu stärken.

Julia Peters



Rechtstheorie und Theorie der richterlichen Urteilsbildung an der Schwelle von Demokratie und Autokratie

Buchvorstellung von Krisztina Ficsor und Péter Sólyom

Den Auftakt der Buchvorstellung am 4. Mai 2016 an der AUB machte Dr. Attila Vincze (AUB), indem er die rechtstheoretische Diskussion über die Grundzüge des deutschen öffentlichen Rechts unter Berücksichtigung der begriffsanalysierenden Methodik von Krisztina Ficsor und Péter Sólyom einleitete. Generell diskutieren die Bücher von Krisztina Ficsor und Péter Sólyom grundlegende Fragestellungen der Rechtstheorie und der Theorie der richterlichen Urteilsbildung.

Die Monographie von Ficsor und Sólyom et. al. erörtert unter anderem die demokratische Verpflichtung der Theorie des formalistischen Urteils, sowie Grundlagen der politischen Philosophie.

Prof. Fleck unterstrich die im Werk aufbereiteten aussagefähigen Ansätze zwischen Formalismus und Positivismus, die den sozialgesellschaftlichen Kontext in die Frage nach geeigneten Kriterien für die Analyse richterlicher Urteile einbetten. Rechtstheorie

sei ohne die Inkorporierung von soziostrukturellen Verflechtungen nur schwer verständlich. „Formalizmus a bírói gyakorlatban; A formalista bírói érvelés jogelméleti alapjai“ beschäftigt sich auch mit einem der meist diskutierten Themen der Rechtstheorie: Wie können richterliche Urteile begründet werden? Die Erklärung stecke in der Annahme, dass sich in der verfassungsmäßigen Demokratie grundlegende Prinzipien im richterlichen Urteil manifestieren. Hierbei lägen die Verpflichtungen der Richter darin, ihre Entscheidungen rational zu zertifizieren, sowie mit angemessenen rechtlichen Argumenten zu begründen.

Prof. Szabó nannte die Thematisierung des Verhältnisses von Recht und Politik als passenden Übergang zu Sólyoms Werk. Die strukturelle Funktionalität beider Institutionen könne primär durch die Wahrung der jeweiligen Autonomien gewährleistet werden, jedoch dürfe hierbei keine Vernachlässigung der gegenseitigen

Kontroll- und Begrenzungsfunktion eintreten, obgleich es sich um formales oder reales Recht, beziehungsweise demokratische oder autokratische Politikrichtungen, handle. Das Buch mit dem Titel „Jogászai módszer és politika; Fejezetek a német közjogtudomány történetéből“ untersucht die Strategien zur Theoriebildung in der deutschen Staats- und Verwaltungswissenschaft, sowie die verfassungspolitische Vorbestimmtheit unter besonderer Berücksichtigung der autokratischen und demokratischen Ansatzpunkte der diesbezüglichen Theorien. Darüber hinaus soll insbesondere die Entstehungsgeschichte des deutschen und österreichischen öffentlichen Rechts genauer erörtert werden. Ferner werden Schwierigkeiten und Aufgaben einer demokratischen – den dogmatischen Ansprüchen entsprechenden Neuinterpretation des öffentlichen Rechts – aufgezeigt, die sich aufgrund einer bezeichnenden autokratischen Tradition ergeben haben.

Neustart für Europa? Was kommt in der europäischen Diplomatie auf uns zu?

Vortrag von Prof. Dr. Joachim Bitterlich im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe „Modernes Regierungshandeln in Zeiten der Globalisierung“ der Deutschen Botschaft Budapest und des Zentrums für Demokratieforschung

Joachim Bitterlich ist Professor an der ESCP Europe Paris. Er war langjähriger Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl in allen Fragen der Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik, Deutscher Botschafter bei der NATO und in Spanien, später Executive Vice President International Affairs und Chairman Deutschland von Veolia Environnement Paris. In seinem Vortrag am 10. Mai 2016 analysierte er die gegenwärtige Lage Europas, skizzierte Chancen und Fallstricke einer deutsch-französischen Führung und stellte die gegenwärtigen Herausforderungen in einen weiteren Kontext von Politik, Wirtschaft, Technologie und Gesellschaft.

Die Europäische Union benötige nicht nur eine verbesserte globalpolitische Diplomatie, sondern auch ein markanteres innenpolitisches Handeln, analysierte Bitterlich mit Blick auf die bisherigen Ereignisse im Jahr 2016. So beherberge z. B. das britische Referendum zu einem „Brexit“, die Zuspitzung geopolitischer Krisen, Terrorismus, die Flüchtlingskri-

se oder auch die immer weiter divergierende Parteienlandschaft, welche durch Misstrauen und neuen populistischen Strömungen gezeichnet sei, neues Konfliktpotential. Schwächen der EU würden sich auch in der nicht regulierten Liberalisierung bzw. Globalisierung der Bankenwelt sowie der mangelnden Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaften, aber auch in der Ukraine Krise manifestieren. Auch der IS stehe für das Scheitern europäischer Politik, so Bitterlich.

Als Ursache könne man z. B. eine zu technokratische Mentalität in der EU-Diplomatie aufführen: Wichtig sei es nun, neuen geopolitischen Anforderungen ein verändertes Einfühlungsvermögen entgegenzustellen sowie die Kooperation Deutschlands mit Frankreich auch mit Blick auf eine gemeinsame Außenpolitik zu stärken, um so einer „Illusion der Vertrautheit“ entgegenzuwirken. Problematisch sei gleichermaßen auch die globalpolitische Rolle der USA, die ein Defizit an Empathie für andere Akteure aufweise. Auch liege zuneh-

mend Asien im Zentrum des Interesses. In diesem Zusammenhang gehe es also auch um die Behauptung Europas in einem komplexen Wettbewerb auf dem Globus.

Ein Ansatz zur Bewältigung der Herausforderungen der europäischen Diplomatie sei die Verbesserung der Beziehung zwischen den Wählern und den europäischen Institutionen, also ein neuer Dialog zwischen der Europäischen Union und den Bürgern. Des Weiteren seien die Herstellung einer Solidargemeinschaft, die Besonnenheit auf gemeinsame Werte und Prinzipien, sowie der stärkere Einbezug nationaler Parlamente in die europäische Politik gezielte normative Zugänge für verbesserte Prozessabläufe, schloss Bitterlich.



Die Zukunft der Diplomatie

Vortrag von Dr. Volker Stanzel im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe „Modernes Regierungshandeln in Zeiten der Globalisierung“ der Deutschen Botschaft Budapest und des Zentrums für Demokratieforschung

Dr. Volker Stanzel, ehemaliger Botschafter der Bundesrepublik Deutschland und zurzeit Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), gab in seinem Vortrag am 12. Mai 2016 zunächst einen historischen Überblick über die Geschichte der Diplomatie. Er stellte fest, dass, so lange, wie es den Krieg schon gebe, menschliche Gemeinschaften auch nach friedlichen Lösungen gesucht hätten. Nach der ers-

ten Etablierung von Botschaftern und Gesandten sei die Diplomatie im Laufe der Zeit immer komplexer geworden. Bis zum Ende des ersten Weltkrieges habe die Auffassung geherrscht, dass Krieg ein legitimes Mittel der Politik sei. Aufgrund der Kriegserfahrungen habe sich dieses Bild allerdings geändert. Nach dem zweiten Weltkrieg habe sich die Entwicklung der Diplomatie dann beschleunigt. Sie sei

offener, demokratischer und spezialisierter, aber auch umfassender und politischer geworden.

Die heutige Diplomatie erstreckte sich auf viele gesellschaftliche Bereiche und stehe daher für die Interessen verschiedener Akteure. Zur Erklärung der Herausforderungen der Diplomatie der Zukunft stellte Stanzel vier grundlegende globale Veränderungsprozesse heraus. Erstens führe

die Globalisierung der Wirtschaft zu Interdependenzen der nationalen Volkswirtschaften. Zweitens seien ebenso die Interessen organisierter und nicht-organisierter Öffentlichkeit im Inland wahrzunehmen. Innenpolitik und Außenpolitik ständen heute in Wechselwirkung zueinander. Drittens steige weiterhin die Anzahl der international tätigen staatlichen und nicht-staatlichen Akteure. Dieses führe vor allem zu noch mehr Komplexität in internationalen Verhandlungen. Viertens sieht Stanzel die steigende Geschwindigkeit von Kommunikation als eine weitere zentrale

Herausforderung für die Diplomatie.

Insgesamt seien diese Veränderungsprozesse zu einer Herausforderung für die Diplomatie, zu anderen würden sie aber auch neue Möglichkeiten bieten, die die Handlungsfähigkeit der Diplomatie steigern könnten. Dies habe allerdings den Nachteil, dass – bei einem größer werdenden Aktionsraum – die Zeit zur Reflexion einzelner Entscheidungen knapper werde. Der Charakter der Diplomatie verändere sich und die zunehmenden Interaktionsnetze würden die autonome Entscheidungsfähigkeit von Regierungen einschränken. Letzt-

lich führe diese Gesamtentwicklung immer mehr zu einer Entstaatlichung der Diplomatie. Daher müssten außenpolitische Ziele neu gestaltet werden sowie innenpolitisch vertreten und erklärt werden. Denn die heutige und zukünftige Diplomatie werde von den Bürgern getragen.

Julia Peters



Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Budapest

Multi-Level (e)Governance: Is ICT a means to enhance transparency and democracy?

Central and Eastern European eDemocracy and eGovernment Days 2016 in Budapest

Die Europäische Union sieht sich in jüngster Vergangenheit durch komplexe Krisen wie die Finanz- und Staatsschuldenkrise, die Ukraine Krise oder die Flüchtlings- und Migrationskrise herausgefordert. In zahlreichen europäischen Ländern haben diese Krisen bzw. die Versuche, sie zu bewältigen, zu einer Entfremdung zwischen UnionsbürgerInnen und den politischen Eliten und Institutionen geführt, die sich beispielsweise im Aufschwung populistischer Bewegung zeigt. Für die Krisenbewältigung stellt sich damit nicht nur die Frage nach guten Lösungen in der Sache. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie der Prozess der Lösungsfindung im Mehrebenensystem der EU so gestaltet werden kann, dass auf Seiten der BürgerInnen weder ein Entfremdungseffekt noch Politikverdrossenheit aufkommen.

Ausgehend von dieser hochaktuellen Problemstellung befasste sich die Konferenz „Central and Eastern European eGovernment and eDemocracy Days 2016“ mit der Frage, welchen Beitrag die Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) zu offenem und transparentem Regieren in komplexen Mehrebenensystemen leisten kann und wie die ICT die Distanz zwischen Bürgern und Institutionen



(v. l. n. r.) Dona Scola, Daniela Musiol, Beth Noveck und Andreas Kiefer bei der Podiumsdiskussion an der AUB.

verringern kann. Über 130 TeilnehmerInnen zeigten Interesse an diesem Thema und fanden am 12. und 13. Mai den Weg an die AUB und die Nationale Universität für den Öffentlichen Dienst (NKE). In den 21 Sektionen und Workshops der Tagung sowie einer abendlichen Podiumsdiskussion setzten sich WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus der politischen und administrativen Praxis mit der Leitfrage „Multi-Level (e)Governance: Is ICT a means to enhance transparency and democracy?“ auseinander. Die

Schwerpunkte lagen dabei u. a. auf den technischen und politisch-kulturellen Voraussetzungen des Einsatzes von eGovernment- und eDemocracy-Tools, deren Chancen und Risiken sowie auf Fallstudien und „best practices“ aus verschiedenen Ländern. Neben der Zusammenarbeit von Theorie und Praxis zeichnete sich die Tagung durch ihre Interdisziplinarität aus: Die beteiligten Disziplinen umfassten Informatik und Informationstechnik, Politik-, Rechts- und Verwaltungswissenschaft sowie die Ökonomie.

Keynote-Sessions zur Lage der ICT

Eröffnet wurde die Tagung durch zwei Keynote-Sessions. In der ersten Session betonte Dr. Andreas Weber (Baden-Württemberg-Stiftung, Abteilungsleiter Bildung) die grundsätzliche Bedeutung der ICT für die Bildung und Ausbildung während Rudolf Schicker (Stadt Wien / EUSDR) aus der administrativen Praxis der Stadt Wien berichtete und eGovernment-Tools vorstellte, die in Wien erfolgreich Verwendung finden. In der zweiten Session sprachen Dona Scola (Mitglied des United Nations Committee of Experts on Public Administration), Dr. Andreas Kiefer (Generalsekretär des Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates), und Dr. Beth Noveck (Direktorin des The Governance Lab u. Professorin an der New York University). Dona Scola und Andreas Kiefer stellten die Arbeit ihrer Institutionen im Bereich eGovernment und eDemocracy vor, Kiefer ging dabei unter anderem auf die Frage ein, inwiefern die ICT für Bürger auch ein Risiko darstellen kann, bspw. was den Datenschutz und die Rechtsstaatlichkeit betrifft. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Resolutionen und Empfehlungen, die der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates für den Bereich der eDemocracy und der eGovernance formuliert hat. Beth Noveck, die bis 2011 Barack Obamas Open Governance-Initiative leitete, ergänzte die europäische Perspektive um die amerikanische Sicht. Noveck hob hervor, dass einer der Hauptvorteile von eTools darin bestehe, das Expertentum der BürgerInnen für die Gemeinschaft fruchtbar zu machen. Da Politik und Bürokratie in vielen Ländern es allerdings nicht gewohnt seien, ihre BürgerInnen so unmittelbar anzusprechen und einzubeziehen, seien zum momentanen Stand vor allem politisch-kulturelle Hürden zu überwinden, um das volle Potenzial der Bürgerschaft aus-schöpfen zu können.

Im weiteren Verlauf der Tagung fanden Panels zu Themen wie „Transparenz“, „Internet Governance“, „Cyber Security“ und „Smart Cities“ statt, in denen sowohl theoretische Grundsatzfragen als auch praktische Fallstudien behandelt wurden. Im ersten Panel zu „Transparenz“ ging Catherine Enoredia Odorige (NKE), die

zum Abschluss der Tagung sowohl den Preis für das beste empirische Paper als auch den Publikumspreis gewann, auf die Rolle von eGovernance und Informationsfreiheit im Antikorruptionskampf in Nigeria ein. Fallstudien zur Transparenz von Governance-Prozessen in Brasilien, Serbien, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und der Türkei komplettierten die Perspektive. Weiterhin fanden gemeinsame Workshops der AUB, der NKE und der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg statt, in denen Studierende dieser Hochschulen Ergebnisse eigener Forschungsprojekte vorstellen und somit erstmals internationale Tagungsluft „schnuppern“ konnten.

Podiumsdiskussion an der AUB

Am Ende des ersten Tagungstages diskutierten Beth Noveck, Dona Scola und Andreas Kiefer gemeinsam mit Dr. Péter Szegvári (Vorsitzender der BKK) unter der Moderation von Daniela Musiol (ehem. Mitglied des österreichischen Nationalrates) die Leitfrage der Tagung „Is ICT a means to enhance transparency and democracy?“. Prof. Dr. Hendrik Hansen, Prorektor der AUB, wies in seiner Einleitung darauf hin, dass es aufgrund der steigenden Komplexität politischer Prozesse und Probleme für die BürgerInnen immer schwieriger werde, politische Entscheidungen nachzuvollziehen. Neue Lösungen seien erforderlich, um die Interaktion zwischen BürgerInnen und Regierungen, sowohl auf der lokalen, regionalen und der nationalen Ebene, zu verbessern. Der Einsatz von eTools könne eine Möglichkeit sein, dieses Ziel zu erreichen. Péter Szegvári betonte, in Übereinstimmung mit Beth Novecks Ausführungen des Vormittags, die Rolle der politischen Kultur: Es sei einfach, ein politisches oder technisches System zu verändern – schwieriger sei, die politische Kultur dahingehend zu entwickeln, dass solche Systeme gut genutzt würden. Dona Scola pflichtete Szegvári bei und veranschaulichte dies am Beispiel ihres Heimatlandes, der Republik Moldau. Die Republik Moldau sei eines der ersten Länder, das dem Open Government Partnership (OGP) beigetreten sei, die Bürger nutzten die Verfügbaren Möglichkeiten und eTools bislang allerdings vergleichsweise wenig. Dies zeige, dass

neben technischen Bedingungen auch Voraussetzungen im Bereich der politischen Bildung und Kultur erfüllt sein müssten, um eGovernment und eDemocracy zum Erfolg zu bringen. Entfremdung und Politikverdrossenheit, wie sie in vielen Ländern der EU gegeben seien, könne nur dann entgegengewirkt werden, wenn einerseits Politik und Verwaltung die BürgerInnen ernst nehmen würden und andererseits sich diese ihrer bürgerlichen Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten bewusst seien.

Organisiert wurde die Konferenz vom Bundeskanzleramt Österreich, dem GoForeSight Institute Ljubljana, der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst Budapest, der Österreichischen Computergesellschaft, dem Österreichischen Institut für Europäische Rechtspolitik sowie der AUB. Kooperationspartner der Konferenz waren die Baden-Württemberg Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung (Büro Budapest) sowie das Österreichische Kulturforum Budapest. Die erfolgreiche Kooperation soll auch 2017 fortgesetzt werden – für den 4. und 5. Mai 2017 sind nächsten CEE eGov & eDem Days angesetzt, die das Thema „Digital Divide“ in den Blick nehmen werden.

Tim Kraski

*Dieser Bericht ist auch in der
Budapester Zeitung (20/2016;
S. 10-11) erschienen.*



Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen: Mitteleuropäische Gesellschaften im 20. Jahrhundert

5. Internationale DoktorandInnentagung des Doktoratskollegs
der Fakultät für Mitteleuropäische Studien an der AUB

Auf der 5. internationalen DoktorandInnentagung vom 18. bis 19. Mai 2016 zum Thema „Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen: Mitteleuropäische Gesellschaften im 20. Jahrhundert“ diskutierten DoktorandInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen aus Deutschland, Österreich und Ungarn mit etablierten WissenschaftlerInnen und stellten ihre eigenen methodischen und theoretischen Zugänge vor.

Die Tagung wurde durch AUB-Rektor Prof. Dr. András Masát eröffnet, gefolgt von Grußworten von Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin der Doktorschule, und der Organisatoren, Réka Szentiványi und Béla Teleky. Dr. habil. Georg Kastner, Dekan der Fakultät für Mitteleuropäische Studien, erläuterte in seinem Eröffnungsvortrag unterschiedliche Brüche und Kontinuitäten in der (mittel-)europäischen Zeitgeschichte. Angefangen mit dem Tod Kaiser Franz-Josephs 1916 und dem damit einhergehenden Bruch in der Herrschaftspraxis seien unterschiedliche biographische Brüche durch den Zerfall der Habsburgermonarchie ausgelöst worden: Der habsburgische Kulturraum habe aber bis lange nach 1945 weitergewirkt, hob Kastner hervor. Thematisch arbeitete er in der Folge an den Beispielen der Kontinuität des Antisemitismus im mitteleuropäischen Raum, der attestierten Wende in den individuellen Einstellungen zu Krieg und Gewalt um die 68er-Generation sowie der definitorischen Auseinandersetzung mit der Frage „Was ist Deutschland?“ im Zeitverlauf die für die Tagung grundlegende Prämisse heraus, dass die Definition eines Bruches oder einer Kontinuität vordergründig immer eine Frage der wissenschaftlichen Perspektive bleibt.

Im anschließenden ersten Panel zum Thema „Vom Reich zur Republik. Neue Forschungen zur Geschichte Österreichs 1918–1938“ gab Béla Teleky (AUB) Einblicke in seine Forschung zu den Auswirkungen des Zerfalls der Habsburgermonarchie auf das jeweilige wirtschaftliche Gefüge Österreichs und Ungarns. Er



Die Veranstaltung organisierten Béla Teleky...

betonte die sozioökonomischen Herausforderungen, die dieser Bruch mit sich gebracht habe und zeigte, wie durch die Etablierung von Handelspartnerschaften gewisse Kontinuitäten im wirtschaftlichen Raum bestehen geblieben seien. Maximilian Herchen (Universität Rostock) und Hanno Rebhan (Universität Wien) legten in ihren jeweiligen Vorträgen den Fokus auf das innenpolitische Spektrum Österreichs in der Ersten Republik. Herchen untersuchte die Festkultur der politischen Lager und zeigte anhand einer Gegenüberstellung von sozialdemokratischen Maifeiern und traditionell christlich-sozialen Fronleichnamfeierlichkeiten, dass Feste dieser Art Austragungsorte, aber auch Zeichen des hegemonialen Machtkampfes der politischen Lager gewesen seien. Besonderer definitorisch arbeitete Rebhan in seiner Untersuchung des Demokratieverständnisses der österreichischen Parteien in der Zwischenkriegszeit und hob die unterschiedlichen ideologischen Grundlagen und Repräsentationsformen der einzelnen, sich selbst als demokratisch bezeichnenden Parteien hervor.

Das zweite Panel der Tagung legte einen geographischen Fokus auf das Karpatenbecken und zeigte verschiedene Aspekte des Lebens deutscher Minderheiten. Beáta Márkus (AUB) referierte über die Verfolgung bzw. den Umgang mit deutschen Minderheiten in Ungarn im und nach dem 2. Weltkrieg. Sie präsentierte ihre Erkenntnisse zum „rechtswidrigen Experiment“ des Lagers Mohács, welches sie im Hinblick auf die Umstände und den zeitlichen Kontext der Entstehung sowie bezüglich der Nutzung und der Zugehörigkeit(en) der InsassInnen selbst als atypischen Sonderfall präsentierte. János Bednárík (Ungarische Akademie der Wissenschaften) fokussierte sich in seinem Beitrag auf die Tradierung ungarndeutscher Identität(en) im Kontext kollektiver (familiärer) Vertreibungserfahrungen. Er arbeitete in seinem Vortrag verschiedene Medien dieser identitären Vermittlung – Symbole, Feierlichkeiten, Vereine etc. – heraus, die auf den verschiedenen generationalen Ebenen unterschiedlich stark rezipiert bzw. angenommen werden würden. Der Vortrag von Melinda Marinka (Universität Debrecen)



... und Réka Szentiványi.

konzentrierte sich ebenfalls auf Aspekte der Identitätsbildung, lege den Schwerpunkt aber auf die Gruppe der Sathmarer Schwaben im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert.

Zu „Aspekte der Entwicklung Ungarns nach 1989“ referierten Daniela Neubacher (AUB) und Réka Szentiványi (AUB) im letzten Panel des ersten Tages. Neubacher betrachtete in ihrem „Denkmodell: Mitteleuropa von unten“ zivilgesellschaftliche Transnationalisierungstendenzen ab den 1980er Jahren, die ihrem ersten Befund zur Folge nicht zu einer langfristigen Herausbildung eines (neuen) mitteleuropäischen Zusammengehörigkeitsgefühls führten. Szentiványi legte in ihrem Beitrag das Augenmerk auf „Konstruktionen in der ungarischen politischen Rhetorik“ am Beispiel der Reden zum Nationalfeiertag (15. März) und betonte die aus ihren Analysen hervorgehende Tendenz, bestimmte historische Narrative zur Legitimation der jeweils eigenen politischen Handlungen und Positionen zu instrumentalisieren. Dem akademischen Programm des ersten Tages folgte am Abend eine Führung von Ass.-Prof. Dr. Ursula Mindler-Steiner (AUB/Universität Graz) durch das „Jüdische Budapest“.

Im ersten Panel des zweiten Tages behandelte Lisbeth Matzer (AUB) das Verhältnis zwischen dem Erziehungsanspruch der steirischen Hitlerjugend und der individuellen Erinnerung an die jeweils eigene Zeit in der NS-Jugendorganisation. Nikolas Lelle (HU Berlin) referierte über den Topos „Deutsche Arbeit“ und dessen Ausformung sowie Instrumentalisierung durch Adolf Hitler und die NS-DAP. Dabei hob er zum einen die Rolle

dieses Konstruktes zur Definition des Kollektivs der „Volksgemeinschaft“ sowie zur Steigerung der individuellen Einsatzbereitschaft im Krieg hervor und erarbeitete zum anderen auch dessen Nachwirkungen – oder Kontinuitäten – nach 1945 am Beispiel des „Harzburger Modells“. Ina Markova (Universität Wien) zeigte mit ihrem Vortrag über „Visuelle Repräsentationen des Zweiten Weltkriegs in österreichischen Geschichtsschulbüchern 1945–2010“ verschiedene Phasen in der inhaltlichen und visuellen Gestaltung und Schwerpunktsetzung von historischen Schulbüchern sowie deren (gesellschafts-)politische Verankerung auf. Sie betonte, dass sich für die Zeit des Nationalsozialismus bis heute (noch) kein einheitlicher, repräsentativer Bilderkanon etablieren habe können.

Architektur- und Kunstgeschichte standen im fünften Panel im Vordergrund. Silke Kropf (AUB) stellte unter dem Titel „Affe tot. Bude zu“ Brüche und Kontinuitäten in (beruflichen) Biographien von Architekten des „Neuen Bauens“ in den Mittelpunkt. Sie zeigte auf, dass für ungarische Protagonisten der anglikanische Raum bzw. die Auswanderung generell zu einer Art Hoffnungsträger geworden sei. Die Biographie des Kunsthistorikers Jenő Lányi wurde von Martina Medolago (AUB) in Zusammenhang mit der Tradition der Wiener Schule der Kunstgeschichte in den Fokus gerückt. Neben verschiedenen biographischen Umbruchphasen – zum Beispiel 1938 bedingt durch seine Flucht vor dem NS-Regime nach London – hob sie seine fortschrittliche fotografische Vermittlungs- und Forschungsarbeit hervor. Rainer Schmitz (TU Darmstadt) und Johanna Söhnigen (Universität der

Künste Berlin) zeigten anhand der architektonischen Analyse der Berliner Olympiastadien von Otto March (Vater) 1916 sowie von Werner und Walter March (Söhne) 1936, wie sich die zur jeweiligen Zeit dominanten Diskurse zur nationalen Identität in der repräsentativen Architektur manifestiert haben.

Im abschließenden Panel zu „Antisemitischen Gemeinschaftskonstruktionen in der späten Habsburgermonarchie“ sprach Susanne Korbel (AUB) über aktuelle Forschungen im Bereich der Populärkultur in den Jüdischen Studien und fokussierte ihren Vortrag auf das Sujet des „kleinen Kohn“. Dabei zeigte sie die Widerspiegelung gesellschaftlicher Machtverhältnisse in populärkulturellen Produktionen und betonte die Mehrdeutigkeit dieser beziehungsweise deren verschiedene Lesarten. Der letzte Beitrag von Thomas Stoppacher (Universität Graz) behandelte die Frage, wie sich die Radikalisierung des Antisemitismus von 1917 bis 1919 in den Protokollen des Reichsrats widerspiegelte. Als Tendenz im politischen Diskurs zeigte Stoppacher anhand von Reichsratsreden die vehementen antisemitischen Denunziationen, die zur Abgrenzung und Definition des jeweils „Eigenen“ genutzt worden seien.

Die einzelnen KommentatorInnen der Panels – Richard Lein (AUB), Gerhard Seewann (AUB), Ellen Bos (AUB), Ursula Mindler-Steiner (AUB), Tibor Szabó (ÖAW/AUB) und Louise Hecht (Palacký-Universität Olmütz) warfen zusammen mit der Darstellung des jeweiligen Forschungsstandes Fragen auf, die den NachwuchswissenschaftlerInnen neue Betrachtungsweisen aufzeigten. Sie konstatierten auch durchwegs, dass die Teilnehmenden mit ihren Arbeiten den Topos des „ausgeforscht-Seins“ (Richard Lein) zumindest in Bezug auf die behandelten Themenfelder widerlegen würden.

Lisbeth Matzer

bmwfw
Bundesministerium für
Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft



Reformerfordernisse und Reformerfahrungen des schweizerischen Regierungssystems in Zeiten der Globalisierung

Abschiedsvorlesung von Jean-François Paroz, schweizerischer Botschafter in Budapest

Jean-François Paroz trat 1988 in den Schweizer Auswärtigen Dienst ein und ist seit 2012 Botschafter der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Budapest. Ab September 2016 wird er seinen Posten als Botschafter der Schweiz in Japan antreten. An der AUB war er in dieser Zeit häufig zu Gast und hielt eine Vielzahl von Vorträgen zu der Schweiz, Ungarn und Europa. AUB-Rektor András Masát eröffnete die Veranstaltung am 18. Mai 2016 und verlieh Botschafter Paroz die Andrásy-Medaille für sein Engagement für die Universität während seiner Amtszeit in Budapest.

In seinem vorerst letzten Vortrag an der Universität zum Thema „Die Krise als Chance für die Erneuerung: Reformerfordernisse und Reformerfahrungen parlamentarischer Regierungssysteme in Zeiten der Globalisierung. Das Beispiel der Schweizerischen Eidgenossenschaft“ erläuterte Botschafter Paroz anschließend zunächst die Grundprinzipien der direkten Demokratie, die in der Schweiz eine lange Tradition habe. Die Komponente der Konkordanz sei wesentlich für die Demokratie in der Schweiz, da diese die konstruktive Zusammenarbeit der Parteien erfordere, um im Ergebnis Einstimmigkeit zu erreichen. Ebenfalls würden Föderalismus und Proporz den Konsens begünstigen. Zudem werde durch die Volksinitiativen und Referenden die Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz gefördert. Referenden würden auch regelmäßig als „Fiebermesser“ bzw. Frühwarnsysteme dienen. Politische Themen, die die Gesellschaft umtreiben würden, fänden so Eingang in die politische Agenda. Insgesamt, so Paroz, sei schon in den Grundsätzen der schweizerischen Demokratie eine politische Kultur des Ausgleichs angelegt, wodurch eine friedliche



Koexistenz unterschiedlicher Gruppen in der Schweiz möglich sei. Diese Komponenten der schweizerischen Demokratie seien eine „subtile Mischung“ und gerade deswegen ein Erfolgsmodell.

Laut Paroz sei die Globalisierung allerdings eine Bedrohung für den Erfolg der schweizerischen Demokratie in der Zukunft. Nationalstaat, Demokratie und Globalisierung ließen sich nicht gleichzeitig verwirklichen. Zur Erläuterung dieses Umstandes nannte der Botschafter einige Beispiele von Volksabstimmungen mit großem Krisenpotential. Zusätzlich verwies er auf den erstarkenden Populismus. Es bestehe eine zunehmende Gefahr der Konkordanz unter den Parteien. Die Parteien würden ihre Gemeinsamkeiten verlieren, die Regierungen wechseln häufiger und Volksabstimmungen würden zu Instrumenten des Populismus. Insgesamt führe die Globalisierung dazu, dass sich der Einzelne wieder auf sich selbst besinnen wolle. Dieses

habe Auswirkungen auf die Themen von Volksabstimmungen und deren Ergebnisse. Beispielfhaft nannte Paroz die Abstimmung gegen den Bau von Minaretten, die als eine Abstimmung aus Angst vor dem Islam zu bezeichnen sei.

Nach dem Aufzeigen der Bedrohungen und Herausforderungen für die schweizerische Demokratie, widmete sich Paroz zum Abschluss seines Vortrages möglichen Reformbestrebungen. Zunächst verwies er darauf, dass man den Wohlstand im internationalen Wettbewerb erhalten müsse. Einen großen Anteil an der wirtschaftlich guten Situation in der Schweiz, habe vor allem die direkte Demokratie. Folglich dürfe es keine Reformierung der Grundstrukturen geben. Allerdings müsse die Leitungsebene reformiert werden, denn das kollegiale Regieren sei an seine Grenzen gestoßen. Zudem müssten Medien und Politik entkoppelt und allgemeines Misstrauen in Parteien und politische Organe durch mehr Transparenz reduziert

werden. Weiterhin sollten materielle Schranken für Volksabstimmungen hinsichtlich der Abstimmungen über Grund- und Menschenrechte eingeführt werden.

Abschließend stellte Botschafter Paroz fest, dass die Schweiz wohlüberlegte Reformen brauche, um weiterhin die demokratische Nachhaltigkeit zu stärken. Die Krisen würden neue Anreize für Reformen geben und aus schweizerischer Per-

spektive sei gerade das der Kerngedanke des schweizerischen demokratischen Systems: Krisen vermeiden. Die schweizerischen Grundstrukturen seien dafür ein bewährtes Mittel,

das auch in Zeiten der Globalisierung und ständiger neuer Herausforderungen erhalten werden müsse.

Julia Peters



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Embassy of Switzerland



Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Budapest

Asylrecht und Asylpolitik in der Europäischen Union

Symposium zur ungarisch-deutschen Perspektive



(v. l. n. r.) Ulrich Hufeld, Oliver Diggelmann, Stephan Kirste, Hendrik Hansen, Michael Anderheiden.

Vom 17. bis zum 18. Mai 2016 fand an der AUB das Symposium zum Thema „Asylrecht und Asylpolitik in der Europäischen Union – Ungarisch-deutsche Perspektive“ in Kooperation mit dem Cusanuswerk und der Baden-Württemberg Stiftung statt.

In der Eröffnung betonte AUB-Prorektor Prof. Dr. Hendrik Hansen die Gegenseitigkeit des Begriffs der Solidarität in der Union und erinnerte an die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen den Mitgliedstaaten. In diesem Sinne

vermittelten die anschließenden Vorträge ein umfassendes Bild über den aktuellen Stand der Flüchtlingspolitik in Europa.

Prof. Dr. Stephan Kirste (Universität Salzburg) untersuchte die These Immanuel Kants, wonach „ursprünglich [...] niemand an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat, als der andere“ und analysierte die Werte der EU nach Art. 2 EUV. Prof. Dr. Oliver Diggelmann (Universität Zürich) erklärte anhand internationaler Beispiele die Grundlagen des „Non-Refoulement“-Gebots und skiz-

zierte Muster, wie Staaten versuchen würden, dieses Gebot zu umgehen. Dóra Frey (Károli Gáspár Universität der Reformierten Kirche) stellte das Asylrecht als eines der ältesten Rechtsinstitute in den Mittelpunkt und zeigte die Entstehung des Flüchtlingsrechts in Ungarn auf. Helena Brzózka (AUB) legte die Dreiteilung des Asyls nach Rainer Keil dar und stellte das Pilotprojekt „humanitärer Korridor“ vor. Prof. Dr. Boldizsár Nagy (ELTE) stellte 10 Thesen über Fluchtsuchende in einem interdisziplinären Vortrag vor.

Der erste Abend schloss mit einem Impulsvortrag Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter-Christian Müller-Graff (Universität Heidelberg) und einer anschließenden Podiumsdiskussion mit Staatssekretär Gergely Pröhle, Helena Brzózka, Prof. Müller-Graff und Prof. Dr. Ulrich Hufeld (Helmut-Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg). Moderiert wurde die Diskussion von Prof. Dr. Michael Anderheiden (AUB).

Der zweite Tag begann mit einem rechtsphilosophischen Vortrag von Prof. Anderheiden zum Thema „Asyl als Grund- und Menschenrecht“. Caroline Hemler (Brüssel) legte anschließend die Vorschriften der Genfer Flüchtlingskonvention zu Zurückweisungen aus und erklärte deren Anwendung im neuen Abkommen der EU mit der Türkei näher. Prof. Dr. Pál Sonnevend (ELTE) skizzierte den aktuellen Stand des ungarischen Asylrechts und zeigte auf, wie einige Normen davon sich in Grauzonen des Völ-

kerrechts bewegen würden. Die Abwehrhaltung gegenüber Asylsuchende könne nichtsdestotrotz verschiedene Ergebnisse produzieren, wie Dr. habil. Helmut Fehr (AUB) darlegte. Er schilderte den Bruch im Asylverständnis anhand von polnischen, ungarischen und deutschen Bei-

spielen. Im Abschlussvortrag legte Prof. Dr. Walter Frenz (RWTH Aachen) seine Gedanken zu der Interessenkonkurrenz zwischen der Menschenwürde von Einheimischen und Flüchtlingen dar und leitete zur Abschlussdiskussion über, die von Prof. Hufeld moderiert wurde.



Migrationsbewegungen der Roma

4. Arbeitsseminar im Rahmen des Projekts „Problemen der Integration der Roma-Minderheit in Ungarn“ am 1. Juni 2016

Prof. Dr. Ellen Bos begrüßte in ihrer Funktion als Leiterin des Projekts an der AUB und zugleich im Namen des Rektors, Prof. Dr. András Masát, zu Beginn der Veranstaltung alle Gäste und dankte insbesondere Renáta Fixl und ihrem Team von der Hanns-Seidel-Stiftung (Büro Budapest) für die Unterstützung der Seminarreihe. Renáta Fixl unterstrich in einem kurzen Begrüßungsstatement die Bedeutung der Integration der Roma für die Zukunft Ungarns und dankte der AUB für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Projekt.

Im Anschluss an die einführenden Worte befasste sich das erste Panel – moderiert von Melani Barlai (netPOL/AUB) – mit aktuellen Daten und Fakten zur Migration der Roma innerhalb und außerhalb von Europa. István Antal, Rektor des Jesuiten Roma Fachkollegs, gab als erster Referent einen Überblick über die Geschichte der Wanderungsbewegung der Roma. Er unterstrich, dass es heute quasi überall auf der Welt kleine Romagruppen gebe, also auch in China oder in einigen arabischen und afrikanischen Staaten. Selbst nach Amerika und Australien gebe es als Folge der Globalisierung zusehends Migration von Roma.

In eine ähnliche Richtung argumentierte auch Endre Sík, Professor für Soziologie an der ELTE und einer der führenden Experten im Bereich Minderheiten- und Migrationsforschung in Ungarn. Er unterstrich die Heterogenität der Romamigration und erklärte die sich hieraus für die Wissenschaft ergebenden Probleme bezüglich der Faktenlage. Zwar erwähnte er einige berühmtere Fälle von Romamigration aus den

Komitaten Baranya oder Borsod, die es in die Medien geschafft hätten, doch sei es unmöglich, von diesen Problemfällen Rückschlüsse auf die Gesamtheit der Migrationsbewegung der Roma zu ziehen – so Sík.

Ist Romamigration grundsätzlich Armutsmigration? Mit dieser Frage setzte sich Prof. Dr. Max Matter, ehemaliger geschäftsführender Direktor des Instituts für Volkskunde an der Universität Freiburg, in seinem Vortrag auseinander. Für ihn sehe dies nur oberflächlich betrachtet so aus. Diese Sichtweise entstände vor allem durch das geballte Auftreten von Roma in Ankunftsstädten und dort Ankunftsstadtteilen mit bereits vorher prekärer sozialer Situation. Allerdings gebe es dort zumeist eben verfügbaren Wohnraum zu für Roma leitbaren Preisen sowie Bezugspunkte zu anderen Migrationsgruppen, etwa zwischen türkischsprachigen Roma aus Bulgarien und türkischen Migranten in einigen Ruhrgebietsstädten oder in Berlin. Wichtig sei daher, gerade in diesen Stadtteilen eine erhöhte Sensibilisierung der Behörden für die Romaproblematik, um die Zuwanderer zu integrieren und nicht stärker in Armut abdriften zu lassen und Perspektiven, etwa auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Dann ginge die Gleichung: Romamigration gleich Armutsmigration nicht mehr auf, und Roma würden eher als normale Arbeitskräfte und Zuwanderer wahrgenommen, so Matter.

Mit der Migration von Roma in das „Paradies“ Kanada beschäftigte sich Judit Durst vom University College London. Sie hatte für ihre Forschung in mehreren Romadörfern im nord-

östlichen Komitat Borsod Befragungen durchgeführt. So sei es offenbar üblich, über ein zweistufiges Verfahren nach Kanada zu gelangen. Zunächst im Rahmen der Binnenfreizügigkeit nach Großbritannien und mit dem dort erarbeiteten Geld weiter nach Kanada. Dort warte auf die Migranten aber keineswegs das Paradies, sondern oft die Abschiebung nach Ungarn. Allerdings reiche das verdiente Geld meist, um den Lebensunterhalt in Ungarn für einige Zeit zu bestreiten, ehe man sich wieder auf den Weg nach Kanada mache. Volkswirtschaftlich ergebe das für die Roma wenig Sinn, insbesondere bliebe aber die Bildung der Romakinder bei diesen wiederkehrenden Migrationsbewegungen der Eltern zusehends auf der Strecke, da sie in keinem Schulsystem verankert seien. Abhilfe böten hier nur Privatschulen, die auf die spezielle Situation der Kinder besser eingestellt seien als staatliche Schulen und ihnen eine Möglichkeit zum Schulabschluss böten – so Durst.

Internationaler Ausblick

Das internationale Panel fand unter der Moderation von Ellen Bos statt. Als erstes referierte Dr. Judit Tóth, Dozentin an der Universität von Szeged, die in ihrem Vortrag die „monoethnischen“ Charakterzüge der ungarischen Verfassung darstellte. Demnach wird gegenüber Roma und im Allgemeinen gegenüber Fremden wenig Toleranz entgegengebracht, und die Minderheiten als politische Gemeinschaft erst gar nicht wahrgenommen. Diese Strukturen würden schließlich ihre Integration verhindern – fasste Tóth ihre Ausführungen zusammen. Stephan

Müller, Koordinator für Minderheiten des westlichen Balkans bei der Gesellschaft für Bedrohte Völker, präsentierte in seinem Vortrag seine Beobachtungen, die er während seinen Feldstudien unter anderem im Kosovo, in Serbien und Deutschland zu Migrationsbewegungen der Roma durchgeführt hat. Friedrich Altenburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Department für Migration und Globalisierung, zeichnete in seinem Vortrag die Migrationstrends in Österreich unter der Berücksichtigung der Migrationszahlen aus den EU- sowie den Drittstaaten auf. Altenburg ging dabei auf die derzeitige Anzahl der Asylbewerber und die politischen wie gesellschaftlichen Reaktionen auf die Migrationsbewegungen in Österreich ein.

Projektbörse und Podiumsdiskussion

Den interaktiven Teil des Workshops bildete die Projektbörse, die mit der Vorstellung der Arbeit des ungarischen Landespolizeipräsidiums (ORFK) durch Oberstleutnant Ágnes Németh eingeleitet wurde. Németh schilderte aus Sicht des ORFK die Problematiken um die Zwangsprostitution. Sie unterstrich die Perspektivlosigkeit der Betroffenen, die auch die grenzüberschreitende Kooperation und das Engagement der Polizei im Kampf gegen den Menschenhandel und die Zwangsprostitution vor neue Herausforderungen stelle. Nicht alle, aber viele der Opfer dieser Verbrechen seien Roma, Roma-Frauen, resümierte Németh.

Die Frauenrechtsaktivistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der MTA, Lídia Balogh, stellte verschiedenen Projekte zur Bekämpfung der Zwangsprostitution vor, die in den Augen ihrer Organisation vom Menschenhandel nicht zu trennen sei. Balogh argumentierte, dass durch die Legalität der Prostitution als „sexwork“ die soziale Akzeptanz und damit auch die Nachfrage nach billigeren Prostituierten – gedeckt durch Menschenhandel – steigen würden.

Dr. Erzsébet Szalayné Sándor, stellv. Nationalitäten Ombudsfrau, stellte die Untersuchungsergebnisse ihres Amtes vor, das die Zwangsaussiedlungen in der nordöstlichen Stadt Miskolc tiefgreifend und systematisch untersuchte. In ihren Ausführungen zeichnete sie den Ablauf der rechtswidrigen Zwangsaussiedlungen auf und gab zugleich ihrer Enttäu-



Fotoausstellung zu Roma-Projekten im Spiegelsaal.

schung über die Reaktion auf die Ereignisse der zuständigen Behörden kund.

Optimistischer stimmte der Beitrag von Anna Hermann vom Stadtmütter-Projekt aus Berlin-Neukölln. Das Aufklärungsprojekt wurde von dem Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky initiiert. Seit 2004 sei es den Stadtteilmüttern gelungen, beinahe zehntausend Familien zu erreichen und sie auf dem Weg ihrer gesellschaftlichen Integration zu begleiten. Damit gilt die Initiative als Vorzeigeprojekt in Sachen sozialer Integration, die zudem in der Ausweitung des Projekts auf das Bundesland Berlin-Brandenburg ebenfalls ihre Bestätigung finde.

Manuela Horvath von der Diakonie Eisenstadt und als Mitglied des Referats für Roma im Burgenland stellte in ihrem Kurzvortrag die Tätigkeit der Diakonie vor, deren besonderes Anliegen es sei, die Sprache, das Gedächtnis und das Gedenken an die Geschichte der Roma in Österreich zu pflegen und somit ihre Integration voranzutreiben.

Die Börse endete mit der Präsentation von Andrea Strohmajer, die die Musikergruppe „Somnakaj“, welche sich die Förderung von Romakindern und der Romakultur zur Aufgabe gemacht hat vorstellte. Das Highlight des Projekts bilde das gleichnamige Musical „Somnakaj“, welches mit dem Zusammenwirken und gemeinsamen Auftreten von Roma und Nicht-Roma im bunten, musikalischen Bühnenstück für die kulturelle Vielfalt der Roma wirbt, unterstrich Strohmajer.

Im Anschluss folgte eine lebendige und die Vorträge des Tages reflektierende,

von Lídia Balogh moderierte Podiumsdiskussion mit der aktiven Teilnahme des Publikums statt. Im Spiegelsaal der AUB diskutierten István Antal, Erzsébet Szalayné Sándor, Ágnes Németh, Judit Durst und Lídia Balogh. In den Mittelpunkt der Diskussion rückten vorrangig jene Themen, die auch den Konferenztag begleiteten: Kriminalisierung, Prostitution, die fehlende Infrastruktur in den benachteiligten Regionen, die Bedeutung von Perspektiven und Bildung, aber auch die Rolle der Romafrauen in dem Integrationsprozess sowie die beachtlichen Erfolge der ungarischen Roma.

*Stefan Drexler,
Lukas Knopp, Melani Barlai*

 **Hanns
Seidel
Stiftung**

netPOL
INTERNATIONALES UND INTERUNIVERSITÄRES NETZWERK
POLITISCHE KOMMUNIKATION

VERANSTALTUNGSREIHE DES AKADEMISCHEN MITTELBAUS

'56: 60 Jahre nach den Ereignissen des Ungarischen Volksaufstands von 1956

Die Vortragsreihe setzt sich zum Ziel, den Ereignissen von 1956, die sich 2016 zum 60sten Mal jähren, im Rahmen von Vorträgen, Diskussionen und Lesungen zu gedenken. 1956 war ein prägendes Jahr für die ungarische Geschichte, Politik und Gesellschaft, dessen Auswirkungen bis heute spürbar sind und unterschiedlich interpretiert werden. Die Hintergründe und Ursachen des Volks-

aufstandes und die verschiedenen Formen, wie diese in der nationalen sowie in den europäischen Erinnerungskulturen Eingang gefunden haben, führen bis heute zu angeregten Diskussionen. Die vom Mittelbau der AUB konzipierte und organisierte Veranstaltung möchte mit einer interdisziplinären Herangehensweise diese Diskussion um das Jahr 1956 aufnehmen und weiterführen.

Die Vortragsreihe wird sich inhaltlich drei Themenbereichen widmen. Zu Beginn werden die Vorträge die Vorgeschichte und die Ursachen der Ereignisse von 1956 analysieren. Im zweiten Teil liegen die Schwerpunkte auf den eigentlichen Geschehnissen sowie deren literarischer Verarbeitung und abschließend wird auf die aktuellen Diskurse über 1956 eingegangen.

Gibt es die gerechte Revolution? Das ethische Dilemma von Revolutionären

*Auftaktveranstaltung zur Veranstaltungsreihe zum 60. Jubiläum
des Ungarischen Volksaufstandes 1956*

Am 6. April 2016 fand ein Vortrag von Anna Tomashek zur Frage und zum Dilemma der „gerechten Revolution“ statt, der vom akademischen Mittelbau der AUB als Auftaktveranstaltung zur Veranstaltungsreihe zum 60. Jubiläum des Ungarischen Volksaufstandes 1956 organisiert wurde.

Revolutionäre ständen immer unter einem Legitimationsdruck: Ihr Dilemma, so Tomasheks These, bestehe darin, dass Revolutionäre niemals alle ethische Kriterien erfüllen könnten, die eine „gerechte“ Revolution aber erfüllen müsste. Tomashek stellte zunächst eine Definition von Revolutionen von Goldstone (2001) vor, wonach eine Revolution – um als solche zu gelten – drei Kernbedingungen erfüllen müsse: Es müsse eine Massenmobilisierung stattfinden, ein Wandel angestrebt werden, und dieser Wandel müsse mit nicht-konstitutionellen Mitteln herbeigeführt werden.

Anschließend konzentrierte sie sich auf die Ideengeschichte der ge-

rechten Revolution: Von Locke, der eine gerechte Revolution an Bedingungen geknüpft habe; über Kant, der gegen Revolution und für Reform gewesen sei; bis zum Eindruck des Faschismus des 20. Jahrhunderts, der

legitime Revolution unter gegebenen Umständen wieder zugelassen habe. Um diese Bedingungen zu erarbeiten, übertrug Tomashek den Kriterienkatalog, der für einen „gerechten Krieg“ existiert, auf eine „gerechte



Revolution“. Demzufolge müsse eine gerechte Revolution u. a. durch Angemessenheit, eine gerechte Ursache oder Erfolgchance charakterisiert werden. Hier würde nun das Dilemma der gerechten Revolution liegen, denn um sich gegen moderne, totalitäre Diktaturen und deren Metho-

den des Machterhalts durchsetzen zu können, müssten zwangsläufig Kriterien des ethischen Katalogs gebrochen werden. Schließlich wendete Tomashek diese Kriterien zur Veranschaulichung auf die Revolution von 1956 an. Diese würde die meisten, möglicherweise sogar alle Kriterien

erfüllen – sei jedoch bekanntlich gescheitert.

Lukas Knopp

osztrák kulturális fórum^{bud}

„Hingerichtet und wir leben dennoch“

*Das literarische Frühwerk György Sebestyéns
im Spannungsfeld des Kalten Krieges*

Am 26. April 2016 lud der akademische Mittelbau der AUB zum zweiten Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe zum 60. Jubiläum des Ungarischen Volksaufstandes 1956 Stefan Maurer (Franz-Nabl-Institut für Literaturforschung, Graz) zu dem Thema „Hingerichtet und wir leben dennoch.“ Das literarische Frühwerk György Sebestyéns im Spannungsfeld des Kalten Krieges“ ein. Durch den Vortrag sollte der in Vergessenheit geratene österreichisch-ungarische Schriftsteller und Publizist György Sebestyén (1930–1990), der seit 2014 auch Namensgeber der Österreichbibliothek an der AUB ist, einem breiten Publikum zugänglich sowie auf sein politisches und literarisches Vermächtnis aufmerksam gemacht werden. Die Veranstaltung wurde von Dr. Susanne Bachfischer (Leiterin des Österreichischen Kulturforums in Budapest) eröffnet und von Ass.-Prof. Dr. Ursula Mindler-Steiner (AUB/ Universität Graz) moderiert.

Zu Beginn seines Vortrags wies Maurer, Experte für Literatur während des Kalten Krieges, auf die dichotome geopolitische Teilung der Welt nach 1947 und deren Auswirkungen auf Kunst und Kultur hin. Einen besonderen Stellwert nehme dabei die Literatur ein, denn im Gegensatz zu anderen Kunstformen wie beispielsweise der abstrakten Kunst, der klassischen Musik oder dem Ballett hätte Literatur die Macht, um große Teile der Bevölkerung zu erreichen, zu beeinflussen und auf die Missstände der Regime aufmerksam



Stefan Maurer mit Ursula Mindler-Steiner.

zu machen. György Sebestyén sei durch seine von Kontinuitäten und Brüchen gekennzeichnete Biographie geradezu prädestiniert dazu, seine eigenen Erfahrungen in Form von Texten und Geschichten im Spannungsfeld des Kalten Krieges zu publizieren. Er habe nicht nur beide totalitären Systeme kennengelernt, sondern sei mit sechzehn Jahren der ungarischen Kommunistischen Partei beigetreten, der er aber schnell aufgrund von Diskrepanzen zwischen persönlichen Leitvorstellungen sowie Wunschbildern und der Realität ideologisch den Rücken gekehrt habe. Im Zuge des Ungarischen Volksaufstandes von 1956 sei er nach Österreich geflüchtet. Bereits ein Jahr nach der Flucht habe er dies in

seinem Erstlingsroman „Die Türen schließen sich“ (1957) (der ungarische Originaltitel ist vielleicht noch treffender und lautet übersetzt „Türen ohne Klinken“; diese zentrale Metapher habe die Situation des ungarischen Volks während der Revolution widerspiegeln sollen) seine eigenen Erfahrungen und die Ereignisse rund um die „Katastrophenzeit“ zwischen 1949 und 1956 unter „Stalins bestem ungarischen Schüler“ Mátyás Rákosi (1892–1971), die schließlich in die Revolution 1956 mündeten, verarbeitet. Sebestyén sei einer der ersten Autoren, die sich literarisch mit der ersten Zäsur des Kalten Krieges auseinandergesetzt habe. Seine Darstellungen würden vor allem durch die Dichte und den ausgesprochen ho-

hen Grad an Authentizität bestechen. Welchen Stellwert das Erstlingswerk von Sebestyén auch durch seine politische Aktualität eingenommen habe, unterstreiche die Tatsache, dass der Roman unter anderem in London und New York in zwei unterschiedlichen Übersetzungen, „The Doors are Closing“ (1958) und „The Moment of Triumph“ (1958), sowie in einer niederländischen Fassung in Antwerpen verlegt worden sei.

Acht Jahre nach seiner Flucht sei Sebestyén in die östliche Hemisphäre des politisch geteilten Europas zurückgekehrt und habe die Länder des Sozialismus bereist. Seine Eindrücke und Begegnungen habe er im Reisebericht „Flötenspieler und Phantome“ (1965) mit dem Untertitel „Reise durch das Tauwetter“ beschrieben. Sebestyén, der damals bereits öster-

reichischer Staatsbürger geworden sei, habe unter anderem die kommunistischen Regime der Tschechoslowakei, Rumäniens, Bulgariens, Jugoslawiens, Albaniens und natürlich Ungarns bereist. Besonders die Rückkehr nach Budapest, das ihm nach eigenen Angaben keine Heimat mehr geboten habe, nehme bei Sebestyén im zentralen Kapitel „Die Wiederkehr“ eine wesentliche Stellung ein. Darin verweise er auf die durchaus positive Entwicklung Ungarns: „Nichts hat sich verändert; und was sich verändert hatte, das wandte sich, mit den Jahren nach 1956 verglichen zum Guten.“ (Flöten und Phantome; S. 73)

Neben seiner literarischen Tätigkeit habe sich Sebestyén vor allem auch kulturpolitischen Funktionen gewidmet: So sei er Leiter des Arbeits-

kreises „Donauregion“ gewesen und oder habe die Zeitschrift „Pannonia“ gegründet. Er sei ein Anhänger einer „Mitteleuropakonzeption“ gewesen, deren Ziel es gewesen sei, eine kulturpolitische Perspektive für Mitteleuropa über die realpolitischen Gräben zwischen Ost und West hinaus zu entwickeln. Sebestyén sei durch seine Bemühungen zu einem westlichen Motor der österreichischen „Ostpolitik“ geworden und habe kurz vor seinem Tod 1990 in Wien noch den Fall des Eisernen Vorhangs im November 1989 miterleben können.

Béla Teleky

osztrák kulturális fórum^{bud}

Portraits

Interview mit Dr. habil. Georg Trautnitz

Dr. habil. Georg Trautnitz ist seit dem 8. Februar 2016 Leiter der Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Unternehmensführung, Organisation und CSR (jetzt: Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre II (Unternehmensführung, Organisation und CSR).

- *Herr Dr. Trautnitz, wie kam es dazu, dass Sie seit Anfang des Sommersemesters 2016 an der AUB lehren? Wie sind Sie auf die Universität aufmerksam geworden?*

Mein erster Kontakt zur AUB kam durch Vermittlung des Präsidenten der Universität Bamberg, Prof. Dr. Godehard Ruppert, zustande, der zugleich Mitglied des Universitätsrates der AUB ist. Es ging darum, zusammen mit meinem akademischen Lehrer, Professor Engelhard, und den hiesigen Kollegen das Konzept für den neuen Studiengang „Master in Management and Leadership“ (MML) an der AUB weiterzuentwickeln. Als dann später die Stelle eines Professors/einer Professorin für



Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Unternehmensführung, Organisation und Corporate Social Responsibility an der AUB ausgeschrieben wurde, habe ich mich auf die Stelle beworben. Ich wurde zum Berufungsvortrag eingeladen und konnte die Berufungskommission an der AUB offenbar überzeugen,

sodass ich schließlich meine Berufung auf die hiesige Professur gerne angenommen habe.

- *Was sind Ihr Forschungsprofil und Ihre Forschungsinteressen? Bitte erzählen Sie von Ihrem akademischen Werdegang!*

Ich habe an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg „Europäische Wirtschaft“ studiert. Dieser Studiengang bot damals in den 1990er Jahren eine einmalige Mischung aus Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Fremdsprachen. Zudem gab es die Möglichkeit, einen ausländischen Zusatzabschluss im Rahmen des „European Master of Business Sciences“ zu machen, den ich in Frankreich an der Université Jean Moulin Lyon III absolviert habe. Meine Studien konnte ich dann in Bamberg am Lehrstuhl von Johann Engelhard zunächst als externer Doktorand, später als wissenschaftlicher Mitarbeiter und schließlich als Habilitand fortsetzen. Von 2012 bis 2014 habe ich dann für fünf Semester den Lehrstuhl für Organisation, Personal und Unternehmensführung an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz vertreten.

Meine Habilitation über die Grundlagen der betriebswirtschaftlichen Organisationstheorie habe ich im Januar 2016 an der Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg eingereicht. Das positive Votum der Gutachter liegt mittlerweile vor, alle Habilitationsleistungen sind erbracht, und in seiner Juni-Sitzung entschied der Fakultätsrat über die Erteilung der Lehrbefähigung und

den Abschluss meines Habilitationsverfahrens.

In meiner wissenschaftlichen Tätigkeit habe ich mich zunächst sehr intensiv mit den rechts- und moralphilosophischen Grundlagen der Wirtschaftsethik auseinandergesetzt. Von diesen Grundlagen ausgehend sind dann nach der Promotion Fragen der institutionellen und organisatorischen Umsetzung von Unternehmensethik für mich immer wichtiger geworden. Hauptsächlich setze ich mich mit der Frage auseinander, wie normative Ansprüche an Unternehmen im Spannungsfeld von Institutionen, organisatorischen Strukturen und menschlichem Handeln begründet und betriebswirtschaftlich umgesetzt werden können.

- ***Sie sind seit Februar in Budapest: Was gefällt Ihnen an der Stadt und an der Universität?***

Es mag ja ungewöhnlich klingen, aber unmittelbar haben mich die vier Meter hohen Räume und die Fassaden der Altbauten in der Budapester Altstadt fasziniert. Auch mein Büro hier hat eine Deckenhöhe von vier Metern. Wenn man in Deutschland in Nachkriegsbauten gelebt und gearbeitet hat, ist das eine neue Erfahrung von Weite und Großzügigkeit im Alltag. Zudem habe ich Budapest als

eine weltoffene Stadt kennen gelernt. Sie hat offenbar stolze Bewohner, die sich dem Fremden selbstbewusst aber ohne Überheblichkeit zuwenden.

Die AUB halte ich für eine einmalige Institution mit spannenden Entwicklungsmöglichkeiten. Die im Haus vorhandene wissenschaftliche Expertise und die gelebte Interdisziplinarität haben mich sehr beeindruckt. Natürlich führt die Gründungshistorie durch mehrere Partnerländer und die Finanzierungsstruktur zu einer hohen organisatorischen Komplexität, weshalb die Entscheidungsfindung offenbar nicht immer einfach ist. Aber ich denke, dass auch mit dem Ausbau der Wirtschaftswissenschaften die Weichen für eine weiterhin positive Entwicklung der AUB grundsätzlich richtig gestellt wurden. Ich freue mich sehr, wenn ich diese Entwicklung und den Studiengang MML als zukünftiger Studiengangsleiter mitgestalten kann.

Mit der Lehre hier habe ich auch nur positive Erfahrungen gemacht. Ich schätze sehr den direkten und engen Kontakt mit den Studierenden. Die Studierenden an der AUB sind engagiert, sie fragen kritisch nach und das führt zu einer lebendigen Interaktion in den Lehrveranstaltungen. Wenn man an Massenveranstaltungen gewohnt ist, kann man von solchen Zuständen nur träumen.

Interview mit Dr. Ferdinand Trauttmansdorff

Botschafter Dr. Ferdinand Trauttmansdorff ist seit Februar 2016 Leiter der Professur für Diplomatie (jetzt: Lehrstuhl für Grundlagen der Diplomatie).

- ***Herr Botschafter, wie kam es bei Ihnen dazu, an der AUB arbeiten?***

Als ich zuerst in Ungarn als Diplomat tätig war, in den 90er Jahren, war die AUB nur noch eine Idee und keine Realität. Vom ersten österreichischen Professor für Diplomatie, Botschafter Kusbach, bzw. vom zweiten Professor, Professor Cede, mit denen ich jahre-

lang eng zusammengearbeitet habe, wurde ich über die Universität bzw. über ihre hiesige Tätigkeit informiert. Angefragt wurde ich vor anderthalb Jahren von der hiesigen Botschafter, und da ich wusste, dass ich mich Ende 2015 vom diplomatischen Dienst zurückziehe, habe ich diese Möglichkeit für einen guten Anschluss gehalten. Zumal, dass ich ursprünglich eine Universitätskarriere angestrebt habe und so es eher ein Zufall war, dass ich ins Außenministerium gekommen bin und nicht auf die Universität zurückgegangen bin, wie mein Kollege, der heuer dort emeritiert.

- ***Die in den bisherigen Interviews oftmals gestellte Frage nach Erfahrungen in einem inter- und multikulturellen Umfeld erübrigt sich bei einem Diplomaten. Ich würde Sie stattdessen bitten, über Ihre bisherigen Tätigkeiten als Diplomat und Dozent zu erzählen.***

Ich war 35 Jahre lang als Diplomat tätig: multilateral in Genf, bilateral – bevor ich Botschafter wurde – in Bukarest, Washington und Budapest. Dann war ich wieder in Wien und später wurde ich Botschafter in Kairo, in Sudan und in Lissabon, und am

Schluss in Prag. Mein Schwerpunkt war immer das Völkerrecht und die internationalen Beziehungen von der rechtlichen Seite her. Als ich in Wien tätig war, wurde ich in diesem Bereich eingesetzt. Genauso wie meine Vorgänger, Kusbach und Cede, habe ich in Wien – teils zusammen mit Cede – Kurse im juristischen Bereich an der Diplomatischen Akademie gegeben. So ist mir die Tätigkeit an der AUB nicht neu.

Meine Erfahrungen in der Diplomatie sind, wie erwähnt, einerseits multilateral im Rahmen der Vereinten Nationen. Ich glaube, dass diese Erfahrung sehr wichtig war. Es hat geholfen zu erlernen, was in diesem multilateralen Bereich möglich und realistisch ist und wo die Illusionen und die Realitäten liegen. Andererseits habe ich auch bilateral gearbeitet, vor allem in den Nachbarländern, im Nahen Osten, in einem EU-Staat und auch in den USA, wobei die Arbeit in Amerika eine Schlüsselarbeit war, weil wir dort in den späten 80er und frühen 90er Jahren gelernt haben, was Public Diplomacy heißt. Das haben wir zu einem Zeitpunkt erfahren, als der Begriff, der heute gängig ist, bei uns noch nicht bekannt war. Heute macht es den Hauptansatz der Diplomatie aus, da Geheimdiplomatie und eine auf Protokoll und Äußerlichkeiten ausgerichtete Präsenzdiplomatie eine geringere Rolle spielt. Es ist eine aktive Diplomatie, die alle Kommunikationsmittel auszunutzen hat und die Ressourcen, die immer knapp sind in der Diplomatie, optimal einsetzen muss.

Bei mir liegt der Fokus auf die Arbeit in der mitteleuropäischen Nachbarschaft im Rahmen der Europäischen Union. Ich konnte auch in Brüssel Erfahrungen sammeln, vor allem im juristischen Bereich in Bezug auf die Verbindung der Mitgliedstaaten und der Institutionen. Hier gibt es sehr viele Bereiche, wo falsche Vorstellungen auch bei den Akteuren selbst stehen, die das Denken und die Kommunikation im Rahmen der Institutionen in Brüssel einschließlich jener Sektoren der öffentlichen Verwaltung in unseren Ländern, die Brüssel orientiert sind, beeinflussen. Es bestehen ja oft Verständigungsprobleme. Als Beispiel



kann die Interpretation der Auseinandersetzung zwischen nationalistischen Tendenzen in den Mitgliedstaaten und Integrationswillen der Institutionen gelten. Hier geht es vielmehr darum, dass die öffentliche Meinung besser in den europäischen Prozess eingebracht wird und dass der europäische Bürger sich wieder als Teil Europas fühlt und nicht zunehmend als Teil seiner eigenen Nation, Region oder Gemeinde. Diese Verbindung herzustellen ist eine neue Herausforderung und hier können wir gerade an der AUB ganz wichtige Elemente einbringen. Sie ist eine wichtige Institution, wo das „Know-how“ vermittelt und weiterentwickelt werden kann.

• ***Sie sind seit Februar an der Universität. Was sind ihre ersten Impressionen und Ihre Pläne für die Zukunft?***

Ich habe es immer gern gehabt, mit jungen Leuten zusammenzuarbeiten und ich habe es immer für wichtig gehalten, praktische Erfahrung in einen theoretischen Zusammenhang zu bringen, ohne die Beziehung zur Praxis zu verlieren. Das war schon damals mein Wunsch und jetzt kann ich meine praktischen Erfahrungen in einem breiteren, teils theoretischen Kontext an den Studierenden vermitteln.

Mein Ansatz ist hier, nicht zu wissenschaftlich zu sein, zugleich die Forschungsergebnisse und die Theorien zu berücksichtigen und diese mit der Praxis in Verbindung zu setzen. Meine zwei Bereiche, in denen ich unterrichte, sind Völkerrecht und Diplomatische Theorie und Praxis, also sozusagen die Grundlagen der Diplomatie. Und da gibt es einiges, was den jungen Leuten, die in die Diplomatie oder sogar in die Wirtschaft gehen werden, beigebracht werden kann. Man kann ihnen Erfahrungen, Einstellungen und Vorbereitungen vermitteln und ich denke, dass es ihnen wertvoll sein wird, unabhängig davon, was für einen Beruf sie einschlagen. Das ist eigentlich die Idee des Lehrstuhls für Diplomatie hier an der AUB. Wir sind auch mit den wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen zusammengeschlossen und wollen daher das Element der Diplomatie des Wissens über internationale Beziehungen – mit besonderem Fokus auf die zentraleuropäischen Beziehungen – hier einbringen. Es ist meine Erfahrung, dass in den Wirtschaftsbeziehungen zentraleuropäischer Staaten die Kontakte zu den Nachbarn auf alle Ebenen von großer Bedeutung sind. Ich glaube, dass hier die AUB eine einzigartige Position hat.

Semesterrückblick

STUDIERENDENSCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI

Perspektiven moderner Diplomatie

Exkursion nach Berlin vom 18. bis zum 21. Februar 2016

Ziel der Exkursion war es, die Arbeitsweise moderner Diplomatie kennenzulernen, die durch ein neues Anforderungsprofil einem besonderen Veränderungsdruck unterliegt. Erste Station in Berlin war das Auswärtige Amt. Nicole Menzenbach, Leiterin des Referats 604 für Hochschulen, Wissenschaft und Forschung, stellte hier in ihrem Vortrag verschiedene Instrumente vor, durch die der Austausch im wissenschaftlichen Bereich gefördert werden soll. Einen besonderen Fokus legte sie auf Maßnahmen, welche ihr Referat zur Bewältigung der Flüchtlingskrise beitragen würde. Sie stellte heraus, dass die Migrationsströme auch für das Auswärtigen Amt derzeit die bestimmende Herausforderung sei.

Das nachfolgende Gespräch mit dem Ministerialbeamten Jürgen Schulz schloss sich thematisch an. Er gab einen Überblick über aktuelle Sicherheitslage und Krisenpotenziale: Dabei stellte er eine Veränderung in der internationalen Sicherheitspolitik fest, die sich in einer allgemeinen Beschleunigung internationaler Prozesse manifestiere. Konflikte seien im Zuge dessen weniger vorhersehbar, während Bedrohungen immer häufiger in einem transnationalen Kontext anzusiedeln seien. Der Beauftragte für Auswärtige Kulturpolitik, Ministerialdirigent Michael Reiffenstuel, referierte anschließend zum Thema „Auswärtige Kulturpolitik als Grundlage einer Außenpolitik der Gesellschaften“. Er zeigte

den Wandel innerhalb der deutschen Außenpolitik von einer „Diplomatie der Regierungen“ zu einer „Diplomatie der Gesellschaften“ auf, der in der Erkenntnis über die Bedeutung einer positiven Außenwahrnehmung von Staaten begründet liege. Die Rolle von Soft Power-Ansätzen, Kulturdiplomatie und Public Diplomacy werde im Zuge dessen aufgewertet. Herausforderungen sah er in der konstanten Aktualisierung und Anpassung des Deutschlandbildes sowie der Nutzung sozialer Medien zu diesem Zweck.

Heiko Nitzschke, Forschungsbefehlshaber des Planungsstabs, berichtete über den durch Außenminister Steinmeier angestoßenen Review-Prozess, der die Funktionsweise des



deutschen Auswärtigen Dienstes anhand einer breit geführten Diskussion mit Bürgern, Wissenschaftlern und Mitarbeitern überprüfen und erneuern solle. Viele im Laufe des Tages entstandene Fragen konnten am Abend mit Dr. Marco Overhaus von der Stiftung Wissenschaft und Politik besprochen werden. Als Mitglied der Forschungsgruppe „Amerika“ konnte Dr. Overhaus fundiert über die deutsch-US-amerikanischen Beziehungen Auskunft geben. Diese seien in einer schwierigen Lage, da es zwar auf Regierungsebene eine gute (krisengetriebene) Zusammenarbeit gebe, jedoch der Rückhalt in der Gesellschaft fehle.

Am Freitag gab der CDU-Abgeordnete Roderich Kiesewetter einen Einblick in den praktischen Umgang mit sicherheitspolitischen Herausforderungen in seiner Arbeit im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten. Im Anschluss berichtete der österreichische Botschafter Nikolaus Marschik von den heterogenen Aufgabenstellungen einer Auslandsvertretung. Österreich verfolge eine interessengeleitete Strategie in seinem auswärtigen Handeln. Im Vergleich zu Deutschland, das etwa mit 200 Botschaften weltweit vertreten sei, betreibe Öster-

reich nur 80 Auslandsvertretungen an strategisch wichtigen Standorten. Die interessengeleitete österreichische Diplomatie überwiege gegenüber der Repräsentationsdiplomatie. Als wichtige aktuelle Fragen zwischen Österreich und Deutschland nannte er neben der Flüchtlingskrise die geplante PKW-Maut und österreichische „Bad Banks“. In der Vertretung des Bundeslandes Hessen ging Ministerialdirigentin Dr. Bernadette Droste zusammen mit zwei Kollegen der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden auf das historisch gewachsene föderale System in Deutschland ein.

Im Anschluss ging es im Auswärtigen Amt um die deutsche Diplomatenausbildung. Der Vortragenden Legationsrat Patrick Heinz legte dabei den Review-Prozess dar und die Vortragende Legationsrätin Erster Klasse Julia Gross stellte in ihrem Beitrag das Anforderungsprofil, die Erfordernisse des Rotationsprinzips und die Vorbereitung für das Auswahlverfahren für den Höheren Auswärtigen Dienst vor. Am Abend traf die Exkursionsgruppe mit internationalen Jungdiplomaten in der Brauerei Rollberg zusammen.

Der dritte Exkursionstag begann mit einem Workshop zum Thema

„Kreatives und literarisches Schreiben“ der Journalistin Stephanie von Hayek. Anschließend gab der langjährige Deutschlandkorrespondent der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ Andrea Tarquini bei einem gemeinsamen Mittagessen Einblicke in die Außenwahrnehmung der deutschen Außenpolitik. Den Abschluss bildeten ein Besuch der Gedenkstätte Deutscher Widerstand am Nachmittag, zu dem Prof. Dr. Ulrich Schlie zu Graf von Stauffenberg referierte sowie eine Vorstellung des Stücks „Judith“ in der Berliner Volksbühne am Samstagabend.

Die Exkursion wurde von Prof. Dr. Ulrich Schlie und Franziska Vesely, Fakultätsreferentin IB, organisiert und durch die großzügige finanzielle Unterstützung des Auswärtigen Amtes ermöglicht.

Friederike von Barga



Auswärtiges Amt

Bücherspende des AUB-Alumni-Vereins

Martin Wodraschke, Präsident des AUB-Alumni-Vereins, übergab am 8. März 2016 einen Gutschein für ein Jahresabonnement der Zeitschrift „Cicero – Magazin für politische Kultur“ an die Studierendenschaft.

Der AUB-Alumni-Verein ruft seit einigen Jahren regelmäßig im Rahmen der Aktion „Book-on-Demand“ Studierende dazu auf, Buch-, Zeitschriften- oder Zeitungswünsche zu sammeln und über diese abzustimmen. Die „Gewinnerpublikation“ wird dann vom Verein der AUB-Bibliothek zur Verfügung gestellt.



ALUMNI
VEREIN

„Tanz in den Mai“

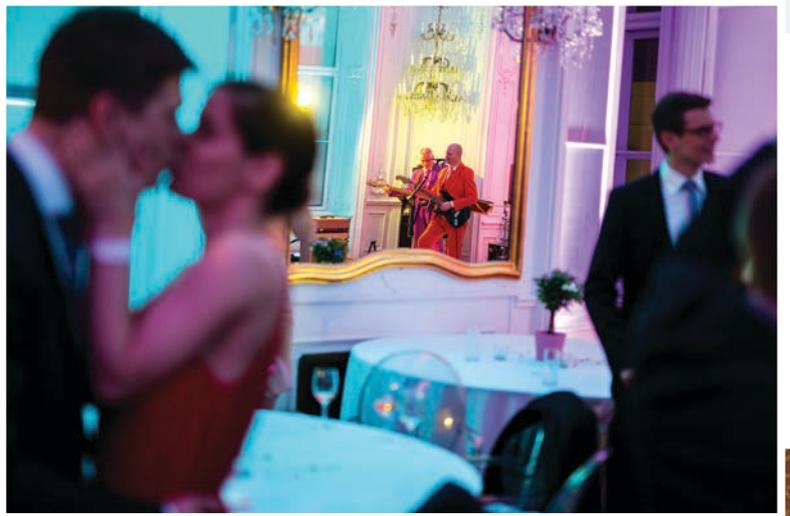
Bilder der Geburtstagsfeier des AUB-Alumni-Vereins

**Der AUB-Alumni-Verein bedankt sich bei Gästen,
Band & Catering für eine gelungene Feier
zum 5. Geburtstag am 29. April 2016!**



ALUMNI
VEREIN





AUB @ Dunai Regatta 2016

Bilder des Drachenbootrennens der ungarischen Universitäten am 7. Mai 2016





Fokus IB – Internationale Beziehungen und Diplomatie in der Praxis

Im Sommersemester 2016 besuchten AUB-Studierende im Rahmen des Programms „Fokus IB“ erneut verschiedene Institutionen in Budapest. Das Programm ist eine studentische Initiative, bei der die Studierenden ihre während des Studiums erworbenen theoretischen Kenntnisse mit Einblicken in die „Praxis der internationalen Beziehungen“ bzw. in die

tägliche Arbeit von internationalen Organisationen, Ministerien und Verwaltungsstellen ergänzen.

So besuchten die Studierenden im Sommersemester 2016 am 10. März zunächst das ungarische Parlament, wobei die Gruppe Einblick in die außenpolitischen Tätigkeiten und die Aufgaben der verschiedenen Abteilungen bekam und im Anschluss

durch das prunkvolle Gebäude geführt wurde. Am 4. April stellte der Gesandte der Deutschen Botschaft Budapest, Dr. Dr. Manfred P. Emmes, die deutsche Diplomatenlaufbahn sowie die Arbeit der Botschaft in Ungarn vor. Am 7. April waren AUB-Studierende zu Gast bei der Botschaft von Österreich und beim Österreichischen Kulturforum Budapest (ÖKF). Bot-

schafter Dr. Ralph Scheide und der 2. Botschaftssekretär Michael Kassal stellten das Leben und die Aufgaben österreichischer Diplomaten vor und Dr. Barbara Pfeiffer, Kulturattaché und stellvertretende Direktorin des ÖKF, sprach im Anschluss über die Arbeit des Kulturforums in Ungarn. Prokuratorin Emese Danks und Dr. Ágnes Lux, Direktorin für Kinderrechte vom UNICEF National Committee Hungary, sprachen am 14. April über verschiedene Projekte und stellten den Bereich „Internationale Beziehungen“ aus dem Blickwinkel einer NGO vor. Am 21. April empfing Botschafter Tom Nørring die Studierenden in der Dänischen Botschaft in Budapest und diskutierten mit ihnen aktuelle Fragen rund um die ungarische Außenpolitik aus dänischer Sicht; Flüchtlinge, Migration und Integration in Dänemark, Ungarn, Deutschland und in der Schweiz und die Bekämpfung der Korruption in Dänemark.

Das Programm schloss am 16. Mai mit einem Ausflug in das Königliche Schloss Gödöllő. Organisiert wurden die Besuche im Rahmen von „Fokus IB“ von Edina Osztrovsky und Lilla Mergl.



Beim Besuch im Parlament lies es sich die Gruppe nicht nehmen, noch ein Foto mit der Statue des Namensgebers der AUB zu machen.

Der Debattierclub – auch im Sommersemester flogen die Argumente

Der Debattierclub wurde vom Team des Young Citizens Danube Network (YCDN) und Studierenden der AUB bereits im Wintersemester 2015 gegründet und erfreute sich auch im Sommersemester 2016 großer Beliebtheit. Ziel des Kurses ist es, Studierenden die hohe Kunst des professionellen Streitens näher zu bringen. Der Themenschwerpunkt lag im Sommersemester – neben aktuellen Themen – zwar auf dem Donauraum, waren aber dennoch sehr abwechslungsreich. Sie reichten thematisch von der Visegrád-Gruppe (Thema: Dieses Haus verlangt, dass die Visegrád-Gruppe (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei) sich als Inter-

nationale Organisation konstituiert.) über die Flüchtlingsproblematik (Thema: Dieses Haus würde Flüchtlinge nur dort unterbringen, wo es keine gewaltbereite Ablehnung in der Bevölkerung gibt) bis hin zu Briefkastenfirmen (Thema: Dieses Haus will, dass die Steuern v. a. für Unternehmen und Reiche gesenkt werden, um Steueroasen und Briefkastenfirmen zu verhindern). Und für das nächste Semester haben wir uns auch schon etwas Ausgefallenes überlegt. Wir werden eine „Spaßdebatte“ unter dem Motto: „Dieses Haus will die Donaumonarchie wieder einführen!“ abhalten und laden alle Interessierte ganz herzlich dazu ein.

Die Struktur und der Ablauf der Debatten wurden aus dem letzten Semester übernommen. So gab es bei den ersten Debatten auch wieder einen vorangestellten Theorieteil, welcher einen bestimmten Aspekt des Debattierens besonders hervorstellte (z. B. der Aufbau einer guten Argumentation, der Umgang mit Zwischenrufen). Zum Semesterende hin wurde der Ablauf des Debattierclubs aus zwei Gründen etwas abgeändert: Zum einen gab es mehr Studierende, die an den Debatten teilnahmen, so dass wir den Fokus auf das Debattieren selbst legten. Zum anderen wurden die Debatten aber auch immer

professioneller, so dass wir uns dazu entschieden, durch eine detailliertere Feedbackrunde die Theorie mit der Praxis zu verbinden. Und dass das Debattieren auch einen Mehrwert hat, hat sich im Pflichtkurs Politische Theorie II bei Dr. Pállinger gezeigt: In diesem Kurs werden drei Debatten in unterschiedlichen Formaten abgehalten und die Teilnehmer des Debattierclubs konnten mit einiger Erfahrung in diese Debatten hineingehen.

Denn eins ist sicher: langweiliges Gelaber gibt es nicht! Es wird profes-

sionell nach Regeln diskutiert. Das stärkt nicht nur die Kommunikation, sondern auch die soziale Kompetenz, da man sich in die andere Position hineinversetzen muss, um mit guten Argumenten diese außer Kraft zu setzen. Auch gezielte Konterargumente oder Zwischenrufe wollen gelernt sein. Nur wer sich an die Regeln hält, kann hier mit Wort und (manchmal auch) Witz punkten! Für die nächsten Semester wünschen wir uns weiterhin eine so rege Teilnahme, besonders auch von Nicht-muttersprachlerInnen. Die ersten Gäste

konnten wir schon überzeugen – und wer weiß, vielleicht ist es ja genau das Hobby, wonach ihr schon immer gesucht habt. Sprecht uns einfach an. Wir freuen uns auf das professionelle Streitgespräch mit euch, bei dem am Ende alle gewinnen!

Romy Ruppert



„Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“

Das Programm der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert Bosch Stiftung „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“ geht in diesem Jahr zu Ende. Im Rahmen des Stipendiums haben MitstreiterInnen des Young Citizens Danube Network (YCDN) in den vergangenen fünf Jahren die Gelegenheit gehabt, eigene Projektideen zu realisieren und damit einen Beitrag zur politischen Bildung unserer Gesellschaft geleistet.

Dabei wurden Projekte zur Jugendarbeitslosigkeit in Europa verwirklicht, die Beziehung zwischen Internet und Demokratie erforscht und die Situation von Arbeitsmigranten in Deutschland in einem Comic-Projekt visualisiert. Viktória Blahó hat daneben als letzte Stipendiatin des Programmes die von AUB-Alumnus Szabolcs Sepsi im Jahr 2012 ins Leben gerufene Präventionskampagne „FreedomKeepers“ weitergeführt. Die Kampagne richtet sich gegen modernen Menschenhandel im Donauraum und möchte das Bewusstsein in der Bevölkerung für diese schreckliche Menschenrechtsverletzung schärfen. 2015 konnte an der AUB bereits eine zweitägige Konferenz und Workshop mit Fach-



expertInnen aus der Region verwirklicht werden. In diesem Jahr lag der Schwerpunkt an öffentlich wirksamen Aktionen in Deutschland. Unter anderem wurde eine „Not for Sale“ Fotokampagne gestartet.

Neben diesen zahlreichen Aktionen, die im Rahmen des Programms

durchgeführt werden konnten, freut sich das YCDN aber vor allem über die dabei entstandenen Freundschaften und ist dankbar für die grenzüberschreitenden Kooperationen und Netzwerke in Europa!

Viktória Blahó

MES-Fakultätsexkursion



Im Rahmen der Lehrveranstaltung Kulturbeziehungen in Mitteleuropa, in der sich die Studierenden unter der Leitung von Prof. Dr. Dieter. A. Binder mit verschiedenen kulturspezifischen Themen aus kulturanthropologischer Sicht auseinandersetzten konnten, fand zwischen dem 20. und 22. Mai 2016 eine Exkursion nach Auschwitz und Krakau statt.

Die Exkursion begann mit der Besichtigung des Konzentrations- und Vernich-

tungslagers Auschwitz-Birkenau. Neben Fragen zur Verarbeitung historischer Ereignissen der NS-Zeit wurden Themen wie die der Musealisierung des Lagers angesprochen, was bezüglich auf die Lehrveranstaltung die Verknüpfung der Theorie mit der Praxis bedeutete.

Am zweiten Tag der Exkursion besuchte die Gruppe Krakau, die ehemalige Hauptstadt des Königreichs Polen und im Jahr 2000 Kul-

turhauptstadt Europas. Nach der Besichtigung des Hauptmarktes, der Wawel-Kathedrale und des Königsschlusses hatten die Studierenden die Möglichkeit, das jüdische Viertel der Stadt und die religiöse Orte des Judentums zu besichtigen, bevor die Gruppe die Heimreise nach Budapest antrat.

*Anett Gyetvai,
Gergely Siklósi*

Personalia

Wir freuen uns mitteilen zu dürfen, dass Prof. Dr. Ellen Bos durch die Versammlung der Kuratoren des Instituts für Europäische Politik (IEP) am 26. April 2016 auf Vorschlag des Vorstands zum „Persönlichen Mitglied des Wissenschaftlichen Direktoriums“ des IEP gewählt wurde.

An dieser Stelle dürfen wir Prof. Dr. Martina Eckardt herzlich dazu gratulieren, dass sie vor kurzem als Mitglied in zwei sehr renommierte Fachaus-

schüsse des Vereins für Socialpolitik kooptiert wurde: in den Wirtschaftspolitischen Ausschuss und in den Finanzwissenschaftlichen Ausschuss des Vereins für Socialpolitik. Der Verein ist eine traditionsreiche wissenschaftliche Vereinigung von Volkswirten im deutschsprachigen Raum. Die inhaltliche Diskussion findet in sog. Fachauschüssen statt, in die man nach einem Aufnahmeverfahren zur Teilnahme eingeladen wird. Im Wirtschaftspoliti-

schen Ausschuss (gegründet 1956 mit aktuell ca. 113 Mitgliedern) und im Finanzwissenschaftlichen Ausschuss (gegründet 1959 mit aktuell ca. 120 Mitgliedern) sind u.a. die führenden Vertreter der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute vertreten; Mitglieder dieser Ausschüsse sind in den wichtigsten wirtschaftspolitischen Beratungsgremien der Bundesrepublik präsent; zudem bilden sie die deutschsprachige Universitätslandschaft ab.

**Willkommen an der AUB:
Schön, dass Du da bist!**



**ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST**

**Zu Hause.
Angekommen.**

**Bei Fragen - Fragen!
Mentorenprogramm für Studienanfänger.
Weitere Infos unter www.andrassyuni.eu**





Wir bedanken uns bei allen FreundInnen, PartnerInnen und SponsorInnen und natürlich bei unseren Studierenden, Lehrenden und MitarbeiterInnen der vergangenen 15 Jahre für die Unterstützung!